

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kontingenz: Karl I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 20. August 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Milizarmee und stehendes Heer.

In der deutschen militärfrommen Presse wird mit einer gewissen Regelmäßigkeit die Miliz, speziell die schweizerische als höchst entwickelte, besprochen und mit derselben Regelmäßigkeit ihre Minderwertigkeit gegenüber dem vollkommenen und unübertrefflichen System des stehenden Heeres dargelegt. Daß man trotz dieser notorischen Minderwertigkeit der Miliz immer wieder auf neue das Bedürfnis empfindet, über dieselbe herzufallen, ist gewiss eine recht auffällige Erscheinung und läßt die Annahme zu, daß die für das stehende Heer schwärmenden Kritiker des Milizsystems selbst nicht ganz von dessen Verwerflichkeit überzeugt sind.

So hat in jüngster Zeit auch im „Deutschen Wochenblatt“ ein Herr M., der offenbar ein deutscher Offizier ist und der sich einige Zeit am Gotthard aufgehalten hat, die schweizerische Milizarmee und das schweizerische Befestigungswesen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Im Gegensatz zu manchen anderen Kritikern spendet er den schweizerischen Militär-Institutionen und der Opferfreudigkeit der Schweiz für die Landesverteidigung Anerkennung, meint dann aber, daß bezüglich der finanziellen Opfer für die Armeen und der Anforderungen an die Soldaten der Unterschied zwischen stehendem Heere und Milizsystem kein wesentlicher mehr sei und daß sich deshalb alle jene Gegner der stehenden Heere im Irrthum befinden, welche annehmen, es brächte die Einführung des Milizsystems für Deutschland irgendwelche nennenswerthe Ersparnisse an Zeit und Geld. Herr M. berechnet sodann, daß auf den Kopf der schweizerischen Bevölkerung eine durchschnittliche Jahresausgabe für das Militär von 9,25 Fr. entfällt und in Deutschland 9,60 Mk. für das Landwehr und 1 Mk. für die Marine, zusammen 10,60 Mk. = 19,25 Fr., also um 4 Fr. mehr als in der Schweiz. Bei linderreichen Familien mit 6 bis 8 Köpfen und noch mehr beträgt die durchschnittliche Wehrbelastung in Deutschland 24 bis 32 Fr. und darüber per Familie. Diese bedeutende Differenz will bei den vielfach miserablen Arbeitslöhnen in Deutschland doch sehr viel besagen und spricht daher schon allein zu gunsten der Miliz und gegen das stehende Heer. Dazu kommt aber noch, daß bei der anerkannten besseren Verpflegung und viel höheren Befoldung des schweizerischen Soldaten ein sehr großer Theil der Militärausgaben direkt dem Volke wieder zu gute kommt. Anerkennt doch auch Herr M. im „D. W.“, daß der schweizerische Soldat der bestbesoldete der ganzen Welt und seine Verpflegung eine gute ist.

Der Republikaner, welcher freudig und mit voller Hingabe an die Sache des Vaterlandes seine Militärpflicht erfüllt, will eben dabei so besorgt und verpflegt sein, daß er zum Opfer an Zeit nicht auch noch schwere finanzielle Opfer bringen muß. Die schweizerischen Offiziere, mit Ausnahme des Lieutenanten, sind nach Herrn M. den Soldaten gegenüber geradezu erbärmlich besoldet. Doch dies ist geradezu der Stolz des schweizerischen Republikaners, daß auch in diesen Dingen der Unterschied zwischen dem Soldaten und dem Offizier nicht so groß ist. Der Offizier ist, abgesehen von den 206 Instruktionsoffizieren, kein Berufsoffizier und soll daher auch mit keiner großen Befoldung am Militärbudget zehren. Die Schweizer erblicken gerade in dem Umstande, daß in den Befoldungen keine gar so weite Kluft besteht, eine Gewähr für die gute Disziplin im republikanischen Heere.

Nach der Ansicht des Herrn M. ist die Dienstzeit in der Schweiz nur scheinbar eine kleinere als im stehenden Heere, da sie sich auf eine lange Reihe von Jahren vertheilt und weder Einrückungs- noch Entlassungstag oder Marschtag zum Randverloß mitgezählt werden. Rechnet man dazu die zur Erfüllung der Schießpflicht nötige Zeit, so komme man auf ganz andere Zahlen für die Dienstzeit, als die offiziellen seien. In der Abschätzung der Dienstzeiten der beiden Heere gegen einander dürfte ferner nicht außer acht gelassen werden, daß sie in der Schweiz intensiver ausgenutzt werde, als in Deutschland. Das alles spricht doch für das Milizsystem und Herr M. sollte daher dazu gelangen, dasselbe an Stelle des stehenden Heeres zu empfehlen, was er aber nicht thut. Es stimmt aber auch nicht ganz, was er über das Verhältnis der Dienstzeit bei beiden Heeresystemen sagt. In Deutschland beträgt die Präsenzdienstzeit 2 bis 3 Jahre, in der Schweiz dagegen das erste Mal bei den verschiedenen Waffengattungen 50 bis 60 Tage, also zwei Monate. Der Wiederholungskurs (Waffenübung) beträgt für die Infanterie alle zwei Jahre 16 Tage, für die Artillerie 18 und für die Kavallerie alljährlich 10 Tage; beim Genie alle zwei Jahre 16 Tage. Wie man da von nicht großen Unterschieden der Dienstzeit in Deutschland und der Schweiz sprechen kann, ist uns unverständlich.

Herr M. erwähnt sodann auch mit Anerkennung der verschiedenen militärischen Einrichtungen der Schweiz: den Lehrstuhl für Kriegswissenschaften am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich, den freiwilligen militärischen Vorunterricht für die männliche Jugend von 18-20 Jahren, wobei Unterricht in elementaren Übungen und im Schießen erteilt werde; den allgemeinen einjährigen Turnunterricht, obligatorisch für die männliche Jugend von 10. bis 15. Altersjahre, der auf das militärische Kommando Rücksicht zu nehmen habe; die Schießvereine, die über 180 000 Mitglieder zählen und bei 10 Mitgliedern vom Bunde Unterstützung erhalten.

Für die drei Hauptfestungen St. Gotthard, St. Maurin und Engenstein hat Herr M. ebenfalls nur Lob. Obgleich sie sich dem Zuge beinahe entziehen, seien sie großartig und würden ihren Zweck erfüllen. Die Werke am Gotthard hätten der Schweiz mehr gekostet, als die ganze Befestigung von Königsberg. Geschäfte von großer Tragweite finden sich in den Panzerthürmen; die Dispanzen seien streng geheim gehalten, alles für den Nahkampf sowohl wie für den Fernkampf, für Infanterie und Artillerie vortrefflich eingerichtet, sodann dem Feinde das Uferthal und die Schöllenen zum „amentriumbaren“ Gefährnis würden.

In harkem Glauben und nur aus seiner Vorliebe für das stehende Heer erklärlich, befindet sich Herr M. mit der Meinung, daß die einsichtige Wehrheit in der Schweiz dem stehenden Heere entgegenstehe. Die wichtige und geradezu vernichtende Wehrheit, mit der das Schweizervolk im November 1895 die Militärvorlage verworfen, in der übrigens nicht einmal die leisesten Spuren zu einem stehenden Heere enthalten waren, sollte Herr M. darüber belehren, wie die „einsichtige Wehrheit in der Schweiz“ über die Militärfrage denkt. Schneidige Leute und Liebhaber des stehenden Heeres, wie der bekannte Oberst Wille, können sich auf die Dauer in der Schweiz nicht halten.

Man mag den Vergleich zwischen dem Milizsystem und dem stehenden Heere immer wieder auf neue ziehen, so wird man immer wieder, wenn man nicht ein interessierter Anhänger des stehenden Heeres, sei es aus wirtschaftlichen, sozialen oder politischen und berufsständigen, volksfeindlichen Gründen ist, dazu gelangen, sich für die Miliz und gegen das stehende Heer zu entscheiden. Die Miliz genügt für die Aufgaben der Landesverteidigung, und Ländereroberungen will ja kein Volk machen. Die Miliz entspricht der vernünftigen Erziehung und Gestaltung eines Staatswesens, sie bedeutet das Volk in Waffen und die Verkörperung des demokratischen Gedankens mit allen Rücksichten auf die wirtschaftlichen Interessen des Volkes und auf die Einnahmen des Staates. Die schweizerischen Militärausgaben betragen 1896 25 Millionen Franken; da das Deutsche Reich 17mal so viel Einwohner hat wie die Schweiz, müßte in gleichem Verhältnis sein Militärbudget 391 Millionen Franken = 320 Millionen Mark betragen. In Wirklichkeit giebt Deutschland für sein Heer und seine Marine beinahe das dreifache aus, es nimmt den jungen Leuten 2-3 kostbare Jahre des schönsten Lebensalters weg, züchtet im Heer einen volksfeindlichen, der Klassenverschärfung und einem gewissen Despotismus entsprechenden Geist, was alles bei der Miliz nicht der Fall. Darum kann für uns die Entscheidung: ob Miliz oder stehendes Heer, nicht schwer sein, wir entscheiden uns für erstere!

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. August.

Internationale Abmachungen gegen die Anarchisten.
 Nun wird auch aus Wiener angeblich gut unterrichteten Kreisen bestätigt, daß auf Anregung Deutschlands zwischen den kontinentalen Mächten Verhandlungen wegen gemeinsamen Vorgehens gegen die Anarchisten und Ueberwachung derselben stattfinden.

Wir haben zu dieser Meldung nichts anderes zu bemerken, als wir schon beim ersten Auftauchen derselben gethan haben, daß solche Abmachungen schon existiren und sie nichts verhindern haben und verhindern werden. —

Graf Vadani, der bei den Deutschen verhaftete Minister, der aber auch bei den Czechen kein Vertrauen genießt, will es doch versuchen, eine Einigung zwischen den beiden Völkern herbeizuführen. Eine Depesche aus Wien meldet hierüber:

Wie das offiziöse „Freundenblatt“ erfährt, erließ der Ministerpräsident Graf Vadani Einladungen zu einer Konferenz im Palais des Ministerraths, welche am 26. dieses Monats stattfinden soll. In dieser Konferenz sollen folgende Punkte besprochen werden: ein Landesgesetz, betreffend den Gebrauch beider Landessprachen bei autonomen Behörden und Organen, eine diesem Landesgesetze angepaßte Ministerialverordnung, welche die Sprachenverordnungen vom 5. April abändert und gleichzeitig mit diesem Landesgesetze in Kraft zu treten hätte; ferner Gesetznovellen zur Landesordnung und Landtags- und Labordnung, ein Landesgesetz betreffend die Bildung der Landtagskurien in Böhmen, ein Landesgesetz betreffend die Errichtung nationaler Minoritätsschulen und schließlich ein Reichsgesetz betreffend die Organisation der Kreisämter in Böhmen. Einladungen ergingen an den Oberstlandmarschall Fürsten Lobkowitz und an die Führer des böhmischen Landtages Graf Bouquoy (czechischer Großgrundbesitzer), Perold (Zingegge), Salsinger (deutsch-liberal) und Graf Oswald Thun (liberaler Großgrundbesitzer). Die Bestimmung darüber, welche Vertrauensmänner noch zu der Konferenz herangezogen seien, stellte der Ministerpräsident den genannten Parteiführern anheim. Wir glauben, daß jedem anderen Mann das Versöhnungswerk eher gelingen wird, wie dem Grafen Vadani. —

Ueber die Friedensverhandlungen meldet die „Agence Havas“ aus Athen: Die Räumung Thessaliens bis zur Penens-Einie wird alsbald nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien ihren Anfang nehmen; indessen wird die Türkei Volo bis zur vollständigen Zahlung der Kriegentschädigung besetzt halten. Die Nachricht, daß infolge der Einwendungen einiger Mächte bezüglich der Befestigung Larissa's nach Zahlung der ersten Rate der Kriegentschädigung die Unterzeichnung des Friedens aufgeschoben sei, hat hier umso mehr Enttäuschung hervorgerufen, als man die gegenüber Griechenland in dieser Frage bewiesene günstige Stimmung dankbar anerkannt hatte.

Zum Theil der obigen Meldung widersprechend, zum Theil sie ergänzend ist die folgende Depesche aus Konstantinopel:

Die Friedensverhandlungen sind abgebrochen, weil England sich fortgesetzt weigert, den Artikel 8 anzuerkennen, nach welchem Larissa, Trikala und Volo vorläufig von den Türken besetzt bleiben und bei jeder neuen Abzahlung von den Kriegskosten seitens Griechenlands freigegeben werden sollen. England behauptet, daß es Griechenland mit oder ohne Kontrolle unmöglich sei, das Geld zusammen zu bringen und daß deshalb der betreffende Artikel eine ständige Besetzung Thessaliens durch die Türken zur Folge haben werde.

Zur Lage auf Areta meldet die griechenfreundliche „Int. Corr.“ aus Athen:

Nach den jüngsten aus Areta eingetroffenen Nachrichten erließ Dschevad Pascha eine Bekanntmachung, worin die Bewohner aller Landbezirke aufgefordert werden, binnen 14 Tagen die von ihnen in Besitz genommenen Häuser und Acker der gesuchten Personen in unversehertem Zustande wieder freizugeben. Der in Areta tagende Ausschuß der ausländischen Nationalversammlung überbrachte deshalb dem Admiral Canvaro die schriftliche Erklärung, die christlichen Kreter würden dieser Aufforderung Dschevads nicht eher nachkommen, als bis nicht in den Städten sämtliche von den Muhammedanern besetzten Häuser der Christen und sämtliche den dortigen Christen geraubte Habe zurückerstattet sei.

Infolge dieser gegenseitigen Erklärungen kam es bereits in der Nähe von Acharni bei Heraklion am letzten Dienstag zu einem blutigen Kampfe. Unter dem Schutze von 500 türkischen Soldaten waren Paschiboguz und Bengasser in großer Zahl nach Acharni gezogen, um dort die angeblich ihnen gehörenden Ländereien

in Besitz zu nehmen. Die Christen widersehten sich und griffen in Stärke von etwa 1000 Mann die Muhammedaner an, welche sich mit großen Verlusten zurückziehen mußten. — Die europäischen Truppen sahen dem Kampfe ohne Theilnahme zu.

Die „Agence Havas“ meldet aus Areta: Der Gouverneur mißbilligt die Einsetzung einer internationalen gerichtlichen Kommission und weist auf die lokalen Gesetze hin, die gestatteten, in gesetzlicher Weise einen Gerichtshof erster Instanz zu bilden. Der Aufforderung, die osmanische Gendarmerie und die im Uebersetzungsrange stehenden Offiziere derselben unter den Oberbefehl des Kapitäns der italienischen Arabibateri zu stellen, stimmt der Gouverneur zu. — Da die Zolleinnahmen für die verschiedenen Verwaltungszweige nicht ausreichen, so schlägt der Gouverneur vor, die Abgabe für die Gendarmen von den Erträgen der Aufschlags-tage vorwegzunehmen. —

Attentate haben wiederum in Konstantinopel stattgefunden. Es liegen hierüber folgende Depeschen vor:

Gestern Nachmittag um 3 Uhr explodirte eine Dynamitbombe in dem Korridor des Gebäudes, in dem sich das Bureau des Zeremonienmeisters der Hoforte befindet. Einige Theile des Gebäudes wurden beschädigt, drei Wiener verwundet und einer getödtet. Zu derselben Zeit wurde vor dem Serail in Galata eine Bombe geworfen, welche jedoch nicht explodirte. Die Urheber der beiden Attentate waren zwei Armenier, welche verhaftet wurden. Gleichzeitig wurde in der Banque Ottoman ein dritter Armenier verhaftet, welcher die vier Lanten einer Bombe aräunden wollte. Die drei Verhafteten wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Am den Hauptplatz des Attentates, den Seitentrakt zwischen dem Großserail und dem Ministerium des Aeußeren, ist Feuerwehr aufgestellt. Einige Geschäfte in Stambul sind noch geschlossen. Starke Patrouillen durchziehen die Stadt. Für die Nacht sind außerordentliche Vorsichtsmaßregeln angeordnet.

Eine positive Erklärung des zu London residirenden armenischen Komitees besagt, daß die Armenier mit den gestrigen Bombenattentaten in Konstantinopel nichts zu schaffen hatten. Die Bombenwerfer seien nicht bekannt, im Polizeifolge stehende Individuen.

Eine Beurtheilung dieser Vorgänge verbietet sich bei der Mangelhaftigkeit und Gefährlichkeit der bis nun vorliegenden Depeschen von selbst. —

Deutsches Reich.

— Zur Frage der Theilnehmung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen äußern sich die freikonservativen „Verl. Neuesten Nachr.“ zum Schlusse eines Leitartikels folgendermaßen:

„Die zukünftigen Landtagswahlen in Preußen werden durch das Herantreten der Sozialdemokratie aus ihrer bisherigen Zurückhaltung ein in manchen Beziehungen verändertes Gepräge erhalten. Die Wählermassen, welche bisher vielfach eine bedauernde werthe Gleichgültigkeit den Wahlen gegenüber an den Tag gelegt haben, werden aus ihrer Apathie aufgeweckt werden. Die Theilnehmung an den Wahlen wird härter, die Agitation angespannter, der Kampf leidenschaftlicher werden. Die Ausübung des Wahlrechts seitens der „Genossen“ wird demnach in gewissem Sinne eine heilsame Wirkung haben. Welche Verchiebung in Anknüpfung daran in der Gruppierung der Parteien sich etwa vollziehen wird, ist noch nicht zu übersehen. Eines aber ist heute schon klar, daß die Rechte keinen positiven Vortheil aus der neuen Konstellation erlangen wird. Für sie ergibt sich aus dem Vordringen der Sozialdemokratie die Mahnung, in ungleich höherem Maße als bisher die staatsbehaltenden nationalen Elemente zu sammeln und zu einigen; sie wird ihren gefährlicheren Bestand nicht allein zu verteidigen, sondern gewissermaßen neu zu erobern haben. Zunächst sind die Nationalliberalen in den Industriestädten vielleicht schwerer bedroht als die in den ländlichen Wahlkreisen wurzelnden Konservativen. Für jene erwächst daraus das Gebot politischer Einsicht, festeren Anschluß nach rechts zu suchen, anstatt mit den Parteien der Linken zu wetteifern in der Verfechtung des Großgrundbesitzes und des Acker.“

— Die Kommunalwähler-Listen der preussischen Städte, für die das Klassenwahl-System gilt, sind recht lehrreich; sie zeigen in sicheren Ziffern, daß auch das „kleine Volk“ aller Wahlsysteme infolge der Steuerreform noch eine Verschlechterung erfahren hat. Als Beispiele theilt die „Frankfurter Ztg.“ mit: Köln und Dortmund. In Köln haben 35 000 Bürger das Wahlrecht, davon entfallen auf die erste Klasse 278, auf die zweite 2206 und auf die dritte 32 624; es wählen also 2484 Bürger zwei Drittel der Stadtverordneten und 32 624 Bürger ein Drittel. In Dortmund sind 22 701 Personen wahlberechtigt; zur ersten Klasse gehören 195, zur zweiten 1256, zur dritten 21 390; das Verhältnis ist das gleiche wie in Köln, der plutokratische Charakter des Wahlsystems hat sich vergrößert. Platz da für Besitz und Bildung! lautet die Parole der Verfechter jenes Systems; nehmen wir sie einmal beim Wort. Die Herrschaft des Besitzes tritt in den mitgetheilten Ziffern klar zu Tage, wo aber bleibt die Bildung? Sie steht in der dritten Klasse, hat also genau soviel zu bedeuten wie die Unbildung, sie wird gleich dieser von dem Besitz vergerichtet. Nehmen wir Köln; dort schließt die erste Klasse mit einem Steuerbetrag von 3243 Mk., die zweite mit 545 Mk.; wer diese Ziffern versteht, weiß auch, daß die große Mehrzahl der mittleren Beamten, der Richter, Lehrer, Ärzte, kurz der Studirten, der Träger von Bildung und Intelligenz, Wähler dritter Klasse sind. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt das Klassenwahlsystem, was kommt heraus? Für mehr als 90 pCt. der Bürger ein gleiches Wahlrecht, wie im Reiche, und für 6-10 pCt. die Herrschaft über jene 90 pCt. Ist das nicht die verkehrteste aller Welter? —

— Die Geheimgeschichte der letzten Handwerker-Novelle aufzudecken, war vor einigen Monaten der Zentrums-Abgeordnete Euler eifrig bemüht. Nun theilt er folgendes mit:

„In der Konferenz bei Herrn v. Böttcher, an der der Handelsminister, Geheimrath v. Wilhelmi und v. Schilder, ferner die Abgeordneten Euler, Dr. Dihe, Felisch und Jacobskötter theilgenommen,

Spanien.

Madrid, 19. August. Der oberste Kriegsrath hat das Urtheil gegen den Mörder Canovas bestätigt, desgleichen hat der Ministerrath seine Zustimmung ertheilt. —

Portugal.

Lissabon, 18. August. („Zit. Corr.“) Die allgemeine Erregung des Landes hält noch immer an, da die Regierung keinerlei Mäße macht, die von ihr vorgeschlagenen Finanzgesetze und die Eisenbahnverpachtung zurückzuziehen. Es wird auch jetzt allgemein zugestanden, daß in Oporto thätigst ein Putsch geplant war, und daß zahlreiche Beamte und Offiziere zu den Eingeweihten gehörten. Jedoch hat die Regierung keine schriftlichen Beweise darüber erhalten können, so daß sie sich mit der einfachen Amtsentsetzung der Verdächtigten und der Versetzung der Offiziere nach anderen Garnisonen begnügen mußte. Inzwischen aber hat sich die Lage bedeutend verschärft; da sich die konservative Opposition offen mit den Republikanern zum Kampfe gegen die Regierung und Dynastie verbunden hat, und die wiederholten Niederlagen der Kolonialtruppen in Ostafrika die Erbitterung in allen Kreisen der Bevölkerung aufs höchste gesteigert haben. —

Das angeblich „liberale“ portugiesische Kabinett zeigt sich so reaktionär wie möglich. Den Cortes wurde ein weitreichendes Preßgesetz mit scharfen Strafbestimmungen vorgelegt. Danach kann der Ministerrath auch die Zulassung fremder Zeitungen verbieten. —

Serbien.

Krieg im Frieden. Aus Nißch wird telegraphirt: Bei Schießübungen explodirte eine Granate einer Positions-Kanone. Sechs Mann der Bedienung wurden getödtet und vier schwer verletzt. —

Griechenland.

Athen, 19. August. Unter den Flüchtlingen treten epidemische Krankheiten auf. Der Wechsel der Jahreszeiten erfordert neue Ausgaben, um die Flüchtlinge unter Dach zu bringen. Die Mittel, alle diese Tausende zu unterhalten, gehen zu Ende. —

Afien.

Der Emir von Afghanistan hat nach einer Meldung der „Köln. Zig.“ alle hervorragenden Geistlichen seines Landes nach der Hauptstadt berufen, um mit ihnen die Lage von Afghanistan sowie das Verhältnis zum indischen Kaiserreich zu besprechen. Kemner der dortigen Verhältnisse versichern, hinter den Beunruhigungen der britischen Truppen seien nur asiatische Machenschaften zu suchen. Der Sohn des Emirs erhielt den Auftrag, die Waffenfabriken und Anstaltungsplätze des Reichs, in denen eine rege Thätigkeit herrscht, zu besuchen. —

Som indischen Ruffande. Nach einer Meldung der „Times“ aus Simla vom gestrigen Tage sind infolge des Aufstandes des Afridis und des Drajai-Stammes weitere Truppenabtheilungen nach Peshawar beordert worden. —

Afrika.

Kasrabi, 18. August. Der Volksraad von Transvaal hat beschlossen, daß mit der Wahl des Präsidenten der Republik am 3. Januar 1895 begonnen und daß dieselbe am 5. Februar beendet werden solle. —

Amerika.

Washington, 19. August. Das Schahamt hat sich dahin entschieden, daß Seidenwänder einen Werth von 50 pCt. ad valorem wie Seidenwaren zu bezahlen haben. Es war bei diesen Wändern die Frage, ob sie als Trümmern mit 60 pCt. Zollgebühren oder als Manufakturwaren mit 50 pCt. zu klassifiziren seien. —

Partei-Angriffen.

Der Wahlkreis Frankfurt-Leubus hält seine diesjährige Kreis-Konferenz am Sonntag, den 29. August, vormittags 11 Uhr, im Kugelschen Lokal in Neu-Hardenberg mit folgender Tagesordnung ab: Berichtserstattung und Rechnungslegung des Kreis-Vertrauensmannes, Bericht der Vertrauensleute der einzelnen Orte, die bevorstehende Reichstagswahl, Stellungnahme zur preussischen Landtagswahl, die Presse, Wahl der Delegirten zur Provinzial-Konferenz, Wahl der Delegirten zum Parteitag und Wahl der Kreis-Vertrauensperson.

Reichstags-Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Parteigenossen! Unsere diesjährige Parteikonferenz findet nicht, wie die ersigmannte Bekanntmachung lautete, in Prenzlau, sondern in Freienwalde a. O., Sonntag, den 29. August, nachmittags 12^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Fleischnann, mit der bereits bekannt gemachten Tagesordnung statt. Dem Wirth in Prenzlau sind weitere Beschränkungen betr. der Polizeistunde in Aussicht gestellt, infolge dessen jog er sein Lokal zurück. Der Kreis-Vertrauensmann: Rob. C. Anterberg.

Die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Friedeberg-Arnsdorf, die am Sonntag in Marienwalde tagte und von den größeren Orten durch 2 und 3, von den Dörfern durch je 1 Delegirten besetzt war, stellte als Kandidat für den Reichstag einstimmig wieder den Genossen R. Willarg aus Berlin auf. Derselbe war zugegen und erklärte sich zur Annahme

Der Sozialistendöcker Julius Wolf

oder Scharfmacher und Professor.

Vollständige und lehrreiche Beschreibung, wie man in Preußen Professor der Nationalökonomie werden kann, trotzdem man von allen Fachautoritäten für einen Ignoranten erklärt wird. — Zur täglichen Benutzung und Koch-eiferung für alle freibeweglichen jungen Leute, die nichts gelernt haben, aus vielen gelehrten Werken mühelos zusammen getragen.

Motto: Die Wissenschaft eine Bier, Doch mit guter Einnahme geht's auch ohne ihr.

Lieber Leser! Du wirst Dich noch des Namens Julius Wolf erinnern. Der Träger desselben ist ein 35jähriger junger Herr, der sich früher mit allerlei Fragen über Zuckerverfahren, Spiritussteuer, Weizenhandel und dergleichen beschäftigt hat und daraufhin in Zürich Professor geworden war. Dieser Mann hat schon viel Unheil in die Welt gebracht; er hat im Jahre 1892 ein sehr schlechtes Buch über „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung“ geschrieben, und er wäre im Jahre 1895 beinahe die Ursache gewesen, daß sich Herr v. Stumm und der Professor Adolf Wagner gegenseitig tödtet geschossen hätten. Damals bellagte sich der König Stumm, daß solche gefinnungsgefährlichen Leute, wie Herr Wolf und einige andere, die der Sozialdemokratie — koste es, was es wolle — an den Krügen gehen, bei der Wegnahme von Professuren absichtlich übergangen würden. — Heute hat Herr Wolf seine Berufung zum preussischen Professor in der Tasche. Aber es hat schwer gehalten. Der grobe Hammerschmied hat erst alle seine Schleifsteine in Bewegung setzen müssen, ehe er die beteiligten Kreise scharf genug hatte und ihnen der lächerliche Bildungsdünkel abgeschliffen war, als ob ein Professor von seinem Fach etwas verstehen müßte.

Wie groß aber das Opfer gewesen ist, das man der guten Sache gebracht hat, das wird uns erst recht klar, wenn wir in den Abhandlungen blättern, die von Autoritäten des Faches, und zwar ausschließlich antirenden Universitätsprofessoren, ihrem Kollegen Julius Wolf gewidmet worden sind. Nehmen wir zuerst die „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, herausgegeben u. a. von Prof. Conrad in Halle

der Kandidatur bereit. Als Delegirter zum Parteitag in Hamburg wurde ebenfalls Willarg gewählt und als Delegirter zur brandenburgischen Provinzialkonferenz in Berlin der Genosse Paul Siebrandt aus Friedeberg. Ueber die Frage der Theilnahme an den Landtagswahlen, über die nächste Reichstagswahl und über die Agitationskuren der Berliner Genossen wurde sehr lebhaft debattirt. Was die Landtagswahlen betrifft, so war man allgemein für Aufhebung des Kölner Beschlusses; selbstverständlich stand man davon ab, dem Delegirten ein gebundenes Mandat mitzugeben. Im weiteren wurde beschlossen, von jetzt ab die Kreis-Konferenzen jährlich zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten, damit die Genossen zum Besuche mehr Zeit und Gelegenheit haben. Der Delegirte zur Berliner Konferenz wurde beauftragt, dort zu beantragen, daß der Märkische Volkskalender schon 8-14 Tage vor Weihnachten an die Wahlkreise versandt wird, damit er zwischen Weihnachten und Neujahr vertheilt werden kann. Der Wahlkreis wurde in sechs Agitationsbezirke eingetheilt. Als Vertreter der brandenburgischen Agitationskommission wohnte der Konferenz Genosse Weise aus Berlin bei.

Die politische Lage im Kreise ist für unsere Partei jetzt besser als früher und es wird gehofft, daß bei der nächsten Wahl ein günstiges Ergebnis erzielt wird.

Auf der Parteikonferenz für den 19. hannoverschen Reichstags-Wahlkreis Osterndorf-Neuhaus erklärte der Referent, Genosse Schmalfeld, daß er persönlich gegen die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen sei. In diesem Wahlkreise würde unsere Partei nur der Schwanz der bürgerlichen Parteien sein und es bei der Wahl nicht einmal zu einer Anstaltsziffer bringen. Wenn wir uns mit den bürgerlichen Parteien verbänden, so würde das der Partei nur zum Verderben gereichen. Möge die Frage auf dem kommenden Parteitag zum Heil der Sozialdemokratie entschieden werden. Die Konferenz stimmte in einer Resolution diesen Ausführungen zu und sprach die Erwartung aus, daß der Parteitag in Hamburg die Frage klären und einen den alten Traditionen der Partei entsprechenden bindenden und unsere Sache fördernden Beschluß herbeiführen wird.

In Siefer, einem Orte bei Bielefeld in Westfalen, erklärten in einer Parteiverammlung sämtliche Redner, daß im Amt Heepen bei einer Theilnahme unserer Partei an den preussischen Landtagswahlen wohl ein Erfolg zu erzielen sei. Die Versammlung sprach sich einstimmig für Theilnahme aus.

Im Sozialdemokratischen Verein in Frankfurt a. M. hielt dieser Tage Reichstags-Abgeordneter Ulrich aus Offenbach einen Vortrag über die politische Lage, wobei er auch über die preussischen Landtagswahlen sprach und die Theilnahme unserer Partei auf der ganzen Linie für unbedingt geboten erklärte und auf das wärmste empfahl. In der Diskussion, woran sich die Genossen Göller, Dr. Quard, Knopp, Vetter, Sydow und Brähne betheiligten, erklärten sich sämtliche Redner ebenfalls entschieden für die Theilnahme, wenn sie auch nicht — wie die „Volksstimme“ schreibt — die optimistischen Anschauungen Ulrich's theilten, sondern sich für den Vorschlag Auer's aussprachen, nur für die Wahlmänner der entschiedenen bürgerlichen Opposition zu stimmen. Eine Resolution wurde nicht gefaßt, da der Vorsitzende Knopp die Einstimmigkeit der Versammlung betreffs dieser Frage im wesentlichen feststellen konnte.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Das Strafverfahren, das gegen den Parteigenossen Bahle als verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“ in Magdeburg wegen angeblicher Anreizung zu Gewaltthätigkeiten eingeleitet war, ist eingestellt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

In der Schuhfabrik von Otto Wegel u. Co., Alexanderstr. 26a, ist ein Streik der Schuhmacher ausgebrochen.

Die Stell- und Nademacher-Zunung zu Berlin hat beschlossen, auf ihrem Arbeitsnachweise nur solchen Gesellen Arbeit zu geben, welche mit ordnungsmäßigen Papieren (Zehr- und Gellensbrief) versehen sind, oder welche noch nachträglich ihre Zeichnung und ihr Gellensbuch machen und dann den Gehrbrief ausgestellt erhalten.

Deutsches Reich.

! An die Buchdrucker Deutschlands!

Der Anstand der Maschinenfabrik bei der Firma „Typograph“ in Berlin dauert unverändert fort. Die Ausständigen halten treu zusammen. Die Firma versucht, Segler von außerhalb herbeizulockern, die aber nach erlangter Kenntniß des Sachverhalts Berlin wieder den Rücken kehrten. Bis Donnerstag gelang es der Firma, vier andere auswärtige Segler zu bekommen, die unter Bedeckung von zwei Schutzleuten nach der Hollmannstraße (Ludwig Löwe) gebracht wurden, um sich dort einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Vielleicht kommt auch ihnen noch die Meise über ihre Handlungsweise, ehe es zu spät ist. In Leipzig haben auch die Maschinenfabrikanten in der Thüringischen Gewerbe-Ausstellung die Arbeit niedergelegt; die Fabrik ist infolge dessen selbstverständlich in den größten Mäßen und bei trockenem Zusammenhalten der Ausständigen ist eine baldige Einigung sicher.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat die Ausständigen als gemäßigter erklärt. Mit Hintansetzung dieses Beschlusses begeben sich die etwa bei der Firma „Typograph“ in Berlin und Brandstetter in Leipzig anfangenden Buchdrucker zuweben Rechte, bei irgend einer tarifstreuen Firma Beschäftigung zu erlangen. Wenn die Firma „Typograph“ in einem Schriftstück erklärt, daß voraussichtlich ihre Offizin für Verbandsmitglieder geschlossen bleiben werde, so erinnern wir sie daran, daß die Verbandsmitglieder ein Recht haben, überall, wo die Schmalzschne „Typograph“ aufgestellt wird, darauf zu bestehen, daß kein „Arbeitswilliger“ der Firma „Typograph“ in den Buchdruckerreien zugelassen wird, wo aber bereits tarifstreue Buchdrucker an der Schmalzschne „Typograph“ arbeiten, diese die Konsequenzen aus der Handlungsweise der Gesellschaft „Typograph“ ziehen werden. Kein Buchdrucker gebe sich zum Handlanger dieser Gesellschaft her. Doch der Tarif!

Ein Kongreß der Buchdruckmaschinenmeister Deutschlands tritt am 29. August in Halle a. S. im Restaurant Berliner Weißbier-Salon, Bernburgerstr. und Mühlweg-Gäß., zusammen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die allgemeine Lage der Maschinenmeister Deutschlands, Referent G. Kreshmar aus Leipzig; 2. Situationsberichte der Delegirten; 3. Zusammenschluß der Maschinenmeister Deutschlands und Beschlußfassung über eine dementsprechende Form; 4. der Tarif und seine Begleiterscheinungen, welche Stellung zur nächsten Tarifberathung genommen werden muß, und welche Aufgaben wir zu erledigen haben; 5. Beschlußfassung über eingegangene Anträge.

Aus Spandau wird berichtet: Zu gunsten der Arbeiter ist der Anstand der beim Krankenhausebau beschäftigten Maurer verlaufen, die einen Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde forderten, der ihnen aber nicht bewilligt wurde. Der Unternehmer ließ den Bau etwa zwei Monate ruhen; die Stadt als Bauherrin gab ihm dann aber auf, mit den Arbeitern wieder zu beginnen, sonst würde der Bau anderweitig vergeben werden, und der Unternehmer müßte die etwaigen Mehrkosten tragen. Nunmehr hat der Unternehmer, der den Bau im Submissionswege zu überaus niedrigem Gebot übernommen hatte, sich zur Bewilligung der Forderung der Gesellen bereit erklärt. Die Mehrzahl der Streikenden, auch der Führer, ist wieder eingestellt worden.

In Driesen an der Neße ist bei der Firma H. O. Ziegler ein Streik der Holzbildhauer ausgebrochen, und zwar wegen der Entlassung zweier Kollegen. Die Theilnehmenden ersuchen um Vermeidung des Zugriffs und bitten die Arbeiterpresse, hiervon Notiz zu nehmen.

In Lübeck ist der Bauarbeiterstreik aufgehoben. Eine Deputation der Arbeiter hat mit den einzelnen Meistern verhandelt, was zu dem Ergebnis führte, daß die Meister 55 und vielfach auch 60 Pf. Stundenlohn bewilligten. Weiter ist zugesichert, daß niemand gemahregelt werden soll.

Der Böttcherstreik in der Fassaabrik von Friede u. Co. ist beigelegt. Der Akkordlohn ist erhöht worden.

Der Maurerstreik in Briesen ist beendet. Sämtliche Meister haben den Mindestlohn von 50 Pf. pro Stunde und elfstündige Arbeitszeit bewilligt. Mittwoch ist auf sämtlichen Bauten die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Sieg war nur möglich, weil Arbeitswillige von auswärts trotz aller Mäßen und Opfer nicht zu haben waren.

In Meissen-Göhlen haben sämtliche Arbeiter der Osenfabrik Saxonia wegen Lohn- und Arbeitsdifferenzen die Arbeit niedergelegt. Es kommen über 60 Mann in betracht. Zugung ist streng fernzuhalten.

Aus Leipzig wird uns mitgetheilt: Die Blüthen, die das Demagogenthum während des hiesigen Maurerstreiks treibt, werden immer ergieblicher. Auf Grund der Angaben, die ihnen von Streikbrechern gemacht worden waren, ließen der Maurermeister Steyer und der Zimmermeister Nachbar zur Polizei und erklärten dort, ihre Arbeiter seien unter Leitung unseres Streikleiters Jacob von den Ausständigen belästigt worden. Dieser wurde verhaftet; zum Leidwesen aller, die den Kollegen Jacob und noch lieber die ganze Streikleitung hinter Schloß und Riegel sehen möchten, stellte sich aber bald heraus, daß die ganze Angelegenheit auf nicht-würdige Lügen beruhte. Genosse Jacob hat demzufolge wieder freigelassen werden müssen.

Strafmandate gegen Streikende regnet es förmlich und Verhaftungen lediglich auf die Angaben von Streikbrechern hin, scheinen Usus werden zu sollen. Aus solcher Ursache wurden z. B. die Kollegen Kiebling und Böring verhaftet und sind bis zur Stunde noch nicht auf freiem Fuße. Zum Glück sind Zeugen vorhanden, sodas die Inhaftirten voraussichtlich bald wieder zu ihren Angehörigen werden zurückkehren können. An den Denunziationen betheiligten sich leider nicht nur Innungsmeister, sondern auch Leute, die früher in unseren Reihen gestanden haben; das trifft z. B. zu auf Herrn Jäger, den Mitinhaber der Firma Jäger u. Müller, der früher in der Maurerbewegung eine leitende Stellung einnahm.

Nun, mögen die Gegner thun, was sie wollen, der erste ernst-bauste Ansturm der Maurer Leipzigs, die Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, wird trotzdem und allemal gelingen. Zugung ist aufs strengste fernzuhalten.

Kraut und Rüben durcheinander... Im ganzen scheint es sich hier um eine Zitate- und Excerptensammlung zu handeln, die der Verfasser keine Zeit gehabt zu ordnen. Ich entsinne mich nicht, in einem „gelehrten“ Buche schon ähnlich oberflächliche Casserie über die wichtigsten Probleme unserer Wissenschaft gelesen zu haben. Wenn man jemand widerlegen will, muß man ihn zunächst verstanden haben. Hat nun Wolf den Sozialismus verstanden? Auf diese entscheidende Frage sehe ich nicht an, mit einem ganz deutlichen „Nein“ zu antworten.

Und dann im nächstfolgenden Band derselben Zeitschrift: Seine praktische Sorge, den Staat zu reiten, hat ihm jede ruhige theoretische Erwägung abgeschritten. Raum hat er von „Ausbeutung“ und „Expropriation“ gelesen, so ruft er auch schon „Fener!“ und eilt zur Spritze, um den Brand zu löschen. Das mag sehr gemeinnützig sein: wissenschaftlich ist es nicht. Die Leichtfertigkeit, mit welcher er die tiefsten geschichtsphilosophischen Probleme abhandelt, mit der er Statistik trieb, mit der er an die Beurtheilung eines so groß angelegten Systems, wie des Marxismus, herangeht, ist, die wollte ich treffen. Gegen das Talent, das hier in Kurs gebracht werden sollte, müßte die wissenschaftliche Welt energisch protestiren.

Wir müssen Raumangels halber leider darauf verzichten, auf diesen auch positiv sehr belehrenden Artikel näher einzugehen. Denn wir haben noch mehr zu thun. Es kommt jetzt das von Professor Schmoller, dem jetzigen Rektor der Universität Berlin, herausgegebene „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft“ an die Reihe. Da liest man in einer im 17. Band, vom Jahre 1898, abgedruckten Kritik des Dozenten an der technischen Hochschule Losch in Stuttgart unter anderem folgendes:

Man hat das Gefühl, daß auch Wolf zu denjenigen Antimarkianern gehört, welche dessen System nicht so recht assimilirt haben. Es grenzt an Selbstüberhebung, wenn Wolf in seiner Vorrede sagt, sein Buch enthalte die eingehendste Rechtfertigung eines dem Sozialismus entgegengesetzten Standpunktes und... es könnte wohl dem Sozialismus den Glauben an sich benehmen. Gerade, weil Wolf dies sagt, ist es Pflicht der Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft, ganz entschieden dagegen zu protestiren, daß die manchmal doch recht wenig besagenden Ziffern-sammenstellungen Wolf's genügen, um so etwas zu rechtfertigen. Ich vermute, daß der Sozialismus noch lebt und daß er, ebensowenig als Wolf ihm den Kopf

und dem Dezernenten für Universitätsangelegenheiten im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Prof. Elster. Der dritten Folge vierter Band enthält eine Kritik des Wiener Universitätsprofessors Singer, der bekanntlich Chefredakteur der antimarkistischen Wochenschrift „Die Zeit“ ist, über das Wolf'sche Hauptwerk. Diesem Aufsatz seien folgende Stellen entnommen:

Schon die Vorbemerkung liefert ein Kabinetsstück der uns in Aussicht gestellten schlichten Anschaulichkeit, nur leider nicht der Darstellung, sondern des Stolperns über mißverständliche Begriffe. ... Greifen wir aus Gerathewohl hinein in dieses Material-lager der transthen Widersprüche. ... Wenn siele es ein, auf einem Geleise weiter zu fahren, dem jeder Unterbau fehlt; es wäre denn, zu prüfen, wie tief der Sumpf ist, in den es hinein-führt. ... Die Vermuthung, daß Wolf das „Kapital“ nur ganz flüchtig, ja zum größten Theil gar nicht gelesen hat, wird zur Gewißheit, wenn wir einen Fall für viele zur Beurtheilung vorlegen. ... Die von Mißverständnissen strotzende Kritik der Marx'schen Werte- und Mehrwerth-Theorie offenbart gleichfalls Wolf's Anfechtung und innerliche Unbekanntheit mit Marx.

Nach dem Ausdruck weiterer Liebendwürdigkeiten, wie „gänzlich verfehlte Arbeit“, die Fäulnis von Denk- und Schreib-fehler“, giebt Prof. Singer seinem Kollegen Wolf folgendes Zitat aus Schopenhauer's „Welt als Wille und Vorstellung“ mit auf den Weg:

Gestohrtheit, Verwirrenheit, Verschrobenheit wird sich in die geschäftlichen Ausdrücke und dunkelsten Redensarten kleiden, um in so schwierige und pompohaste Phrasen kleine, winzige, nächterne oder alltägliche Gedanken zu verhüllen; demjenigen gleich, der, weil ihm die Majestät der Schönheit abgeht, diesen Mangel durch die Kleidung ersetzen will und unter barbarischem Zug, Pfittern, Federn, Kräusen, Buffen und Rantel die Binzigkeit oder Häßlichkeit seiner Person zu verdecken sucht. So verlegen wie dieser, wenn er nach gehen sollte, wäre mancher Autor, wenn man ihn mönche, sein so pompohastes, dunkles Buch in dessen kleinen, klaren Inhalt zu übersehen.

Wir schlagen jetzt das „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ auf. Im fünften Band, von 1892, behandelt der Breslauer Professor Werner Sombart das Wolf'sche Buch.

Bei der Eile der Kompilation ist die Disposition in dem Buche selbst etwas zu kurz gekommen, es liegt alles etwas wie

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

Sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen: M. R. — 50. Buchdruckerei Otto v. Holten 14,75. Blotho, gesammelt durch G. Seig 6,45. Zahlstelle der Porzellanarbeiter Berlin-Weißhof 10. — Schirmfabrikant Joh. Pas 1. — Gesammelt vom Personal der Buchdruckerei Köbke 20,75. Ueberschuss vom schwarzen Peter, Elysium (10. Juli) 10. — Summa 68,45. Bereits quittiert 2194,43. Gesamtsumme 2257,88 M.

Verichtigung. In Nr. 191 muß es heißen: Von den Arbeitern der Werkzeug- u. Maschinenfabrik Max Hoff u. No. 59,75, nicht Max Hansen u. s. w. Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Tokales.

Eine Verfügung, wie man sie garnicht gewohnt ist, giebt der Polizeipräsident v. Windheim der Öffentlichkeit preis. Die Presse erhielt nämlich von amtlicher Stelle folgende Mitteilung zugeandt: Polizeipräsident von Windheim hat auf Grund seiner Wahrnehmung, daß wiederholt über unerhebliche Uebertretungen Strafanzeigen erstattet worden sind, denen in den meisten Fällen offenbar eine amtliche Verwarnung seitens der Polizeiorgane nicht vorangegangen war, Veranlassung genommen, die Beamten der Schutzmannschaft ganz allgemein darauf hinzuweisen, daß sie nicht glauben sollen, ihre Tüchtigkeit durch möglichste viele Anzeigen von Konventionen beweisen zu müssen, sondern daß sie das Publikum zunächst möglichst vor Konventionen zu warnen und von solchen zurückhalten haben und erst dann zur Anzeige schreiten, wenn ihre Warnung unbeachtet gelassen wird oder wenn sie auf Boswilligkeit stoßen. Diese Verfügung ist lobenswerth, bedarf jedoch nach unserer Meinung einiger Ergänzung, wenn dem Publikum möglichstes Vertrauen zur Behörde beigebracht werden soll. Vorab wäre dem Polizei-Eifer auch in der Behandlung der Arbeiterschaft ein kleiner Dämpfer aufzusetzen. Man denke nur, um einige wenige Beispiele zu erwähnen, an die „Ueberwachung“ ausländischer Arbeiter, an die wunderlichen Vereins- und Versammlungshereyen, an den erfolglosen Kampf, den die Polizei neuerdings gegen die Verbreiter der vom „Vorwärts“ herausgegebenen Abkommens-Aufforderung führen zu müssen glaubte u. Wenn nun ferner das Polizeipräsidium die zahlreichen, gerichtlich erwiesenen Prügeltaten von Schutzleuten zuweilen vor der Öffentlichkeit als das was sie sind, nämlich als feige, erbärmliche Rohheiten, bezeichnen wollte — wenn diese und vielleicht noch einige ähnliche heilsame Lehren mit dem gehörigen Nachdruck verbreitet würden, dann könnte mit der Zeit darauf gerechnet werden, daß auch das Publikum und die Presse in ein erträgliches Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden träte.

Diese für die Ueberschwemmten. Der Neuner (geschäftsführende Ausschuss) für die Ueberschwemmten hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Zelle heute über die vom Zentralkomitee gestellten bewilligten neuen 100 000 M. dahin Bestimmung getroffen, daß 25 000 nach Elche an das dort für das dortige Land gebildete Komitee gefandt werden soll, während die übrigen 75 000 M. in Reserve verbleiben. Ferner sollen Delegierte nach Schlesien und der Lausitz entsandt werden, um in Erfahrung zu bringen, wo Komitees sich gebildet haben, event. sollen dieselben auf Bildung solcher Komitees hinwirken. — Nicht der Kommerzienrath Jacobs, wie fälschlich ausgebrückt war, sondern sämtliche Berliner Speditoren, wie der Vorsitzende derselben, Herr Kommerzienrath Jacobs dem geschäftsführenden Ausschuss für die Ueberschwemmten mittheilt hat, tragen die Kosten für die Verpackung der Rollen an die Ueberschwemmten.

Von Gasarbeitern wird uns zu der in Nr. 188 unseres Blattes erwähnten Behauptung des Herrn Gasanstalts-Direktors Schneider-Kottbus, daß die Beschäftigung in Gaswerken weder eine ungesunde noch die Lebensdauer verkürzende sei, folgendes gefordert: Wenn eine seit 32 Jahren geführte Statistik ergeben haben soll, daß die Sterblichkeit unter den Gasanstaltsarbeitern nicht höher ist als unter den Webern, Tuchmachern u. s. w., so würde dadurch nicht etwa bewiesen sein, was Herr Schneider behauptet, sondern gerade das Gegenstück. Weber, Tuchmacher u. s. sind Leute, die durchgängig schon von ihrer Geburt an dem industriellen Proletariat angehören und deren Vorfahren meistens bereits mehrere Generationen hindurch in der modernen Großindustrie thätig waren. Die moderne Großindustrie hat bekanntlich die Lebensdauer ihrer Arbeiter erheblich verkürzt und die Sterblichkeit bedeutend erhöht, eine Thatsache, die namentlich auch auf Weber, Tuchmacher u. zutrifft. Die Arbeiter der Gasanstalten dagegen sind zum größten Theil aus dem ländlichen Proletariat hervorgegangen und fanden meistens erst nach den Militärdiensten infolge ihrer starken, gesunden Körperkonstitution in den Gaswerken Beschäftigung. Sie gehören also einer Bevölkerungsschicht an, die den degenerierenden Wirkungen des Großindustrialismus bis zu ihrem Eintritt in die Gaswerke nicht ausgesetzt war. Sie werden entweder direkt in größeren Massen aus den ländlichen Gegenden Ostpreussens nach den Gasanstalten importiert, oder sie kommen auf andere Art und Weise nach den Städten, wo ihre erste industrielle Thätigkeit die Beschäftigung in Gaswerken ist. Städtische Arbeiter erhalten fast nie in Gasanstalten Beschäftigung und bemühen sich auch in der Regel um solche nicht, da dieselbe für sie zu schwer ist. Wenn nun die Gasanstaltsarbeiter, diese einst von Kraft und Gesundheit frohenden Gestalten, nach einer Thätigkeit von 10 bis 15 Jahren dieselben Sterblichkeitsverhältnisse aufzuweisen haben, wie Weber Tuchmacher u. s., so ist dadurch schlagend bewiesen, wie gesundheitschädlich die Arbeit in Gaswerken ist, geht schon aus dem Umstande hervor, daß z. B. in den Berliner Gasanstalten sehr viele Feuerleute nach einer fünf- bis sechs-jährigen Thätigkeit nicht mehr die Arbeit eines Feuermannes leisten können, trotzdem schon die Leistung der Gaswerke die Anordnung getroffen hat, daß die Feuerleute nicht ununterbrochen ein Jahr hindurch im Betriebe thätig sein dürfen, sondern stets einige Wochen im Freien beschäftigt werden müssen.

Kursus zur Ausbildung von Fabrikinspektorinnen in Berlin. Die „Soziale Praxis“ berichtet: Der Bund deutscher Frauenvereine hat im Winter 1896/97 einen Kursus zur Ausbildung von Fabrikinspektorinnen in Berlin eingerichtet. Dieser umfaßt 13 Unterrichtsabende, die von einem Hygieniker und einem Gewerbe-Inspektor geleitet wurden. Von den zwölf Teilnehmerinnen, die sich aus gewerblich und lautmännlich Angestellten, Arbeiterinnen und Studirenden der Nationalökonomie rekrutierten, wurden zwölf Referate gehalten, von sechs Frauen je eins, von drei Frauen je zwei. — Im Anschluß an den Unterricht fanden unter sachverständiger Leitung, Besichtigungen von hygienischen Einrichtungen, sowie des Hygienemusums statt. An den 13 Unterrichtsabenden wurden folgende Gegenstände besprochen: Luftverfälschung; Reinigung der Luft und Lüftung; Beleuchtung; Heizung; Grundzüge des Staats- und Verwaltungsrechts; Einteilung der Gewerbe-Ordnung; die Paragraphen der Gewerbe-Ordnung betreffend: Sonntagsruhe, Arbeitsbücher, Lohnzahlung, Schutz gegen Gefahren für Leben und Gesundheit u. s. w. der Arbeiter, die Verhältnisse der Gefellen und Gehilfen und die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen, Ausnahmen

im Gesetz, Dienstausweisung für die Gewerbebeamten. — Von Bechmitteln, die ebenso wie der Unterricht unentgeltlich gegeben wurden, sind folgende Bücher angeschafft worden: Gärtner, Leitfaden der Hygiene; Schlesinger, Gesundheitslehre; Wurm, Lebenshaltung der deutschen Arbeiter; Gesundheitsbüchlein, herausgegeben vom Reichsgesundheitsamt; Reichsgewerbeordnung; Coert, Gewerbe- und Arbeiterrecht; Preussische Ausführungs-Anweisung zur Gewerbeordnung. Im kommenden Winter wird ein Repetitor-Kursus eingerichtet, eventuell werden neue Teilnehmerinnen angenommen. Nähere Auskunft ertheilt Frau Jeanette Schwerin, Schmidstr. 29.)

Interessante Streiflichter auf die Eheverhältnisse zu Berlin gestatten die soeben erscheinenden Tabellen über die Ehescheidungen im Landgericht I in den Jahren 1885/84. Ueberhaupt wurden in diesen zehn Jahren 8478 Ehen geschlossen, d. h. durchschnittlich jährlich 847; die einzelnen Jahre zeigen im allgemeinen seit 1887 steigende Tendenz, die sich aber einigermaßen aus der allgemeinen Bevölkerungszunahme erklären läßt. Während 1887 782 Ehescheidungen erfolgten, waren es 1888 753, 1889 833; 1890 gingen sie auf 785 herab, um 1891 wieder auf 988 zu steigen, 1892 betragen sie 893, 1893 schon 922 und 1894 sogar 1126. Von sämtlichen 8478 gelösten Ehen waren 4666, das heißt über die Hälfte kinderlos, andererseits waren 1002 mit 8 und mehr Kindern gesegnet, darunter 35 mit 6 und mehr Kindern. Von den Ehemännern waren bei Eingebung der Ehe einer 75, je 2 74 und 71 Jahre alt; die beiden 74-jährigen Ehemänner nahmen 27 und 30-jährige Frauen. Zur Zeit der Ehescheidung waren u. a. 1 Mann erst 20 Jahre, 5 22 Jahre, 17 23 Jahre; andererseits je 2 75 und 84 Jahre und 1 Mann 85 Jahre alt. Von den geschiedenen Frauen waren bei der Eheschließung 11 erst 15 Jahre alt, 95 16 Jahre, 287 17 Jahre, 405 18 Jahre, doch auch mit 61, 62, 64 und 73 Jahren schloß je eine Frau eine Ehe. Ehescheidungen fanden theils nach ganz kurzer, theils nach sehr langer Dauer (über 23 Jahre) statt; so ließen sich in 35 Fällen die Ehegatten scheiden, nachdem sie noch nicht 1 Jahr verheiratet waren, weitere 316 nach einjähriger Ehedauer, dann in 497 Fällen nach 2-jähriger, in 483 nach 3-jähriger; erst nach ihrer silbernen Hochzeit schritten 265 Paare zur Scheidung, darunter 4 nach 87-jähriger, 5 nach 88., 2 nach 89., je ein Paar nach 41- und 44-jähriger Ehedauer; schließlich, nach 25-jähriger Dauer geschiedenen Ehen waren mit Kindern gesegnet. Für die gelösten Ehen ergibt sich hinsichtlich der gegenseitigen Altersverhältnisse, daß u. a. in 33 Fällen der Mann 28 Jahre und mehr älter war als die Frau; in 44 Fällen 23—28, in 108 18—23, in 344 13—18 Jahre, andererseits war in 5 Fällen die Frau 28 und mehr Jahre älter als der Mann, in 6 Fällen 23—28, in 52 Fällen 18 bis 23, in 99 13—18 Jahre älter. Scheidungsgrund bildete in 2979 Fällen Gebrech, darunter in 126 Fällen beiderseitiger, in 1926 Fällen lag böswillige Verlassung vor, und zwar hatte in 723 Fällen die Frau den Mann verlassen. Nachlassung und Mißhandlung führte in 560 Fällen zur Ehescheidung, in 462 Fällen lag die Schuld beim Manne, in 75 bei der Frau, in 23 Fällen waren beide Theile schuldig. Abneigung führte in 429 Fällen zur Scheidung, darunter in 100 Fällen beim Manne, in 84 bei der Frau. Auf gegenseitige Einwilligung hin wurden 1815 Ehen gelöst. Der Konfession nach waren von 8476 geschiedenen Ehepaaren 6863 evangelisch, 234 katholisch, 279 jüdisch, 84 dissidentisch; ferner wurden gelöst 455 Mischehen mit evangelischem Mann, 487 mit katholischem Mann, 65 mit jüdischem Mann. Dem Beruf nach gehörte die Mehrzahl der geschiedenen Männer mit 1453 dem Handelsgewerbe an, dem folgten Arbeiter ohne nähere Angabe 1105; dann Angehörige der Bekleidungsindustrie 778, des Baugewerbes 705; ferner u. a. 26 Personen aus der Gemeindeverwaltung und drei Vertreter des geistlichen Standes.

Weiteres und Ernstes zur Konfessions-Verordnung erzählt das Fach-Organ der Damenmätel-Schneiderei: Ein Kollege erlaubte sich einem Beamten gegenüber die Frage, ob denn die Schutzmannschaften, die da selbständige Schneidewerkstätten betreiben, nun auch unter das neue Gesetz fallen? „Ach was! das sind Beamtenfrauen, die arbeiten nur „gelegentlich“ und gehören nach § 8 nicht unter das Gesetz“, war die Antwort. Ein anderer Kollege trägt einen Kriminalbeamten, ob er (der Kollege) dem neuen Gesetz unterliege, da er doch nur fünf bis sechs Monate im Jahre Arbeit habe. „Nein, wenn Sie nicht das ganze Jahr hindurch arbeiten, ist es nur „gelegentliche Arbeit“, da geht Sie das Gesetz garnicht an“, meinte der Befragte. So geht es, wenn möglichst unklare Begriffe in ein Gesetz hineingearbeitet werden!

Pflasterung und Unterhaltung neuer Straßen. Die von den Anliegern nach dem Ortsstatut vom 7./19. März 1877 für Pflasterung und Unterhaltung neuer Straßen zu ersattenden Kosten für das Jahr 1897/98 will der Magistrat in gleicher Höhe wie für 1896/97 festsetzen, da nach Ermittlungen der städtischen Bau-Deputation die Unterschiede in den Arbeitslöhnen zu Materialpreisen gegen diejenigen des Vorjahres unerheblich sind. Derselbe hat daher bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, sie möge sich mit Bezug auf die Bestimmungen des Ortsstatuts vom 7./19. März 1877 einverstanden erklären, daß auch für die im Jahre 1897/98 zu regulierenden Straßen: 1. der den zur Erhaltung Verpflichteten in Rechnung zu stellende Preis des zur ersten Pflasterung verwendeten Materials, einschließlich Arbeitslohnes, für Hauptstraßen auf 14 M. und für Nebenstraßen auf 13 M. für den Quadratmeter, 2. der Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung neuer Straßen auf 0,20 M. für den Quadratmeter und Jahr, das Abflugskapital inbetriff der Unterhaltungspflicht auf 0,20 M. für den Quadratmeter festgesetzt wird, und daß Kosten für Bauleitung u. s. w. bei der Festsetzung der ordsstatutarischen Anliegerbeiträge außer Ansatz bleiben.

Unheimlich klingt eine Zeitungsmeldung vom Dienstag. „Auf dem Plage der früheren Garnisonkaserne“, heißt es, „neben dem Polizeipräsidium, stehen zwei graue Wagen, geschlossenen Möbelwagen gleich. Es sind die Sammelwagen, welche nachts die gefundenen Leichen nach der Morgue bringen. 15 bis 16 Leichen bringt täglich jeder Wagen. Die höchste Zahl war bisher 23 Leichen.“ Das gäbe jährlich mindestens 10 950 gefundene Leichen. So schlimm ist es nun aber doch nicht. Nach dem Verwaltungsbericht des Polizeipräsidiums hat das Leichenkommissariat für die Sicherstellung der Leichen solcher Personen zu sorgen, die nicht im natürlichen Verlauf der Dinge und nicht unter den Augen ihrer Angehörigen oder sonst glaubwürdiger Personen gestorben sind, besonders solche, die durch Unglücksfälle, Selbstmord oder durch fremde Schuld ihr Leben verloren haben.“ Nach dem letzten „zehnjährigen Berichte“, der die Jahre 1881 bis 1890 umfaßt, betrug die Zahl der in diesen ganzen 10 Jahren in das Leichenhaus eingeleiteten Leichen nur 6956, d. h. in einem Jahre rund 696. Die höchste Ziffer hatte mit 657 das Jahr 1890, die niedrigste mit 597 das Jahr 1882. Auf den Tag kommen in den angegebenen 10 Jahren noch nicht zwei Leichen statt 30 bis 32.

Heiserum. Der Minister der geistlichen u. s. w. Angelegenheiten hat durch Erlass vom 17. Juni mitgeteilt, daß die Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brünig in Höchst a. M. sich bereit erklärt haben, die vereinbarte Preisermäßigung für diejenigen Flaschen des Diphtheriemittels, welche für Armen u. d. e. bestimmt sind, nicht nur den amtlichen Vermittlungsstellen, sondern auch ihren direkten Abnehmern zu gewähren, wenn diese die amtlich beglaubigten Belege einsenden, und sogar öffentlichen Instituten auf Grund der erbrachten beglaubigten Atteste das Diphtheriemittel von vornherein zu dem ermäßigten Preise von 27/8 Pf. für 100 Einheiten zu berechnen. Mit Rücksicht hierauf ist von der Errichtung einer Vermittlungsstelle zum Bezuge von im Preise ermäßigten Diphtherieserum beim lgl. Charitee-Krankenhaus in Berlin Abhand genommen worden.

Kinderausbeutung. Am Mittwoch Abend in der zehnten Stunde sahen Passanten in der Berlinerstraße in Nigsdorf einen Knaben sich mit einer Last abmühen, wodurch er augenscheinlich völlig erschöpft war. Die Passanten nahmen den Knaben, der ohne Fußbekleidung war, in Verhör und da stellte sich heraus, daß der 13 Jahre alte Knabe alles Gutes schleppete. Sein Auftraggeber ist der Mechaniker und Hauseigentümer Kadue, Schendendorffstr. 2. Die Last, die der Junge zu schleppen hatte, wog 72 Pfund. Ein herbeigeholter Schuhmann inhibierte die Weiterbeförderung des Sacks und ließ denselben vorläufig in einer Restauration unterbringen. Ob der Auftraggeber sich das alte Geseh am selbigen Abend noch selbst abgeholt hat, wissen wir nicht, aber das ist gewiß, daß diese Art Kinderausbeutung heutzutage in voller Blüthe steht.

Lebhaftes Klagen hört man namentlich in den nördlichen Stadtbezirken in bezug auf den Eisenbahnverkehr in der Richtung nach GÖRLICH. Früher wurden die Hauptzüge für diese Richtung in Charlottenburg zusammengestellt und nahmen auf allen großen Stationen der Stadtbahn — Friedrichstraße, Alexanderplatz, Schlesischer Bahnhof — Fahrgäste mit ihrem Gepäck auf. Diejenigen Reisenden, die vom GÖRLICHER Bahnhofe aus die Reise antreten, sitzen in Niederhönoweide-Johannisthal in den von Charlottenburg kommenden Zug um. Im vorigen Sommer nun wurde bei der Gewerbe-Ausstellung dieser Zug von Charlottenburg aufgehoben und der GÖRLICHER Bahnhof allein zum Ausgangspunkt für die Fahrt in der Richtung nach GÖRLICH gemacht. Im Publikum hoffte man, daß diese Einrichtung nur für die Dauer der Gewerbe-Ausstellung getroffen sein werde, um während der Zeit eines außerordentlich gesteigerten Verkehrs die Stadtbahn zu entlasten. Indessen ist der frühere Zustand auch jetzt noch nicht wiederhergestellt. Die Neuierung bringt aber denjenigen Reisenden, die vom GÖRLICHER Bahnhofe weit entfernt wohnen, schwere Belästigungen. Der Gang ist jetzt der, daß diese Reisenden mit einem Vortzuge nach Nieder-Schöneweide-Johannisthal fahren und dort in den vom GÖRLICHER Bahnhofe kommenden Zug steigen können. Sie verrechnen sich aber oft insofern, als sie nicht bedenken, daß diese Vortzüge kein Gepäck befördern. So kommt es, daß sie den Weg zur Stadtbahn umsonst machen und die Zeit verlieren. Bis sie dann mit dem Gepäck nach dem GÖRLICHER Bahnhofe kommen, ist es für den Zug, mit dem sie fahren wollen, schon zu spät. Warum die alte Einrichtung nicht wieder hergestellt oder wenigstens eine Gepäckbeförderung durch die Vortzüge eingerichtet wird, ist nicht bekannt.

Die Frage der Tarifreform für den gesammten Stadt-, Ring- und Vorort-Bahnverkehr wird in der bevorstehenden Winterkampagne auch den „Verein Berliner Vororte“ wieder beschäftigen. Der Vorstand des Vereins hat bereits beschlossen, eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus zu richten, in welcher dargelegt werden soll, daß der jetzige Tarif sowohl der Stadt-, Ring-, wie besonders jedoch der Vorortbahnen den thatsächlichen Bedürfnissen Berlins und seiner zahlreichen Vororte aufschärfte widerspricht.

Das hinterlassene Vermögen des verstorbenen Mäntelkonfektionärs William Herz soll an zwei Millionen Mark betragen. Die Jahresumsätze des Herz'schen Geschäfts stellten sich in letzter Zeit auf circa vier Millionen Mark. Für die Unternehmer ist also die Mäntelkonfektion noch immer eine blühende Industrie, aber trotzdem jammern und wehklagen sie über Belastungen durch den winzigen Konfektionsarbeiter-Schutzes.

Die an der Berliner Ringbahn belegene Station „Friedrichsberg“ erhält, wie die lgl. Eisenbahndirektion Berlin bekannt macht, vom 1. Oktober d. J. die Bezeichnung „Frankfurter Allee“. Infolge dessen dürfen die auf der Station Friedrichsberg, den Stationen der Stadt- und Ringbahn und den Stationen des Berliner Vorortgebiets aufsteigenden Fahrarten mit dem vollen Stationsnamen „Friedrichsberg“ vom 1. Oktober ab nicht mehr angegeben werden. Die den neuen Fahrarten aufzudruckende Abkürzung (für „Frankfurter Allee“) wird „Fa“ lauten.

Auf dem Gelände der Charitee hat man nunmehr mit dem Abreißen alter Gebäude begonnen, um neuen Platz zu machen. Den Anfang hat man mit der Baracke 9 gemacht, die neben dem Sommerlazareth im zweiten Garten stand. Mit ihr zugleich wird die ehemalige Pockenstation abgerissen, ein uraltes Gebäude. An die Stelle der Baracke und der alten Pockenstation treten die Maschinenräume, die Werkstatt und die Küche der großen Anstalt. Auch auf dem alten Chariteekrankenhaus ist bereits die Baubude für das chemische und das hygienische Institut aufgeschlagen worden.

Die Verlängerung der Gormausstraße bis zur Voßbringerstraße beabsichtigt der Magistrat Anfangs Oktober zur Durchführung zu bringen. Behufs dessen hat der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, sie möge sich damit einverstanden erklären, daß die auf dem von der Stadtgemeinde erworbenen Grundstücke Voßbringerstraße 36, Zehdenickerstraße 23 befindlichen Baulichkeiten öffentlich auf Abbruch veräußert werden und die Ertheilung des Zuschlages an den Meistbietenden erfolgen möge, sofern die von der Bau-Inspektion anzuhaltende Lage erreicht oder überschritten wird.

Ein Strafverfahren wegen Wuchers ist dem Vernehmen nach gegen die beiden Inhaber einer hiesigen Engrös-Firma der Konfektionsbranche eingeleitet worden. Die Beschuldigten sollen ihren Reichtum durch unerhödet Wuchergeschäfte vermehrt haben, wiewohl der Vater des Firmeneinhabers, der auch schon als Wucherer bekannt war, seinem Sohne ein bedeutendes Vermögen hinterließ und sein Sozium erst vor wenigen Monaten die Wittwe eines reichen Konfektionärs geheiratet hat, welche ihm mehrere hunderttausend Mark in die Ehe brachte. Seit einigen Tagen, nachdem die richterliche Vernehmung in der Sache schon ihren Anfang genommen hatten, soll der Hauptbeschuldigte die Reichshauptstadt verlassen und zugleich mit ihm die erste Konfektionseuse des Geschäfts einen längeren Erholungsurlaub angetreten haben. Von interessirter Seite werden diese Angaben bestritten. Die eingeleitete gerichtliche Untersuchung wird wohl das weitere ergeben.

Adlige in Berlin. Das „Deutsche Adelsblatt“ hat neuerlich eine Zählung der in Berlin wohnenden Adligen nach Namen und Beruf vorgenommen. Abgesehen von den in geschlossenen Gebäuden, wie dem Zuchthaus, befindlichen Adligen, haben die Adelszähler in Berlin und dessen näheren Vororten rund 8000 Adlige ermittelt, darunter 4000 dem Offiziersstande und Offiziersfamilien zugehörige. 629 „Vertreter des Adels“ sind im höheren Zivildienst angestellt oder doch studirende Männer, 95 Quatschiger, 290 Rentiers. Dagegen zählt Berlin nur 207 adlige Kaufleute, Fabrikanten und Agenten, 202 adlige Subaltern- und Unterbeamte, 108 adlige Handwerker- und Kleingewerbetreibende.

Ueber eine Unterbringung bei der Firma Leopold Cohnreich, Damenkonfektionsgeschäft, Köpenickerstr. 80, wird berichtet: Der dort angestellte Bekehrte Panowski beging fortgesetzt Diebstähle dadurch, daß er sich Waaren unter seinem Anzuge um den Leib band und dieselben auf diese Art unauffällig aus dem Geschäft mitnahm. Er hat Mäntel, Seidenwaaren- und andere Stoffe gestohlen und zwar auf Veranlassung einer Frau, welche ihm die Waaren abnahm, um sie weiter zu verkaufen. Der Schaden wird auf 3000 M. geschätzt. Der Bekehrte, der 14 1/2 Jahre alt ist, ist erst Anfang dieses Jahres mit seinen Eltern aus einer kleinen Stadt in Posen nach Berlin gekommen. Sowohl dieser, als auch die Aufstifterin sind in Haft genommen.

Der Mörder der Marie Thiele sollte, wie am Mittwoch ein Gericht meldete, gefaßt worden sein. Am Mittwoch wurde näm-

eine Persönlichkeit neuerdings verhaftet, die sich beim Begräbnis der Ermordeten auffallend benommen hatte und aus diesem Grunde bereits damals festgenommen worden war. Der betreffende mußte jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Auch seine neuerliche Verhaftung gehört lediglich in die Kategorie der Exzentrerien, wie sie im Zusammenhang mit einem Kapitalverbrechen stets in großer Zahl notwendig werden. — Diese Thatsache haben zwei Menschen benutzt, um nach berühmten Mustern Extrablätter herauszugeben, durch welchen Unfug der ganze Norden in Erregung versetzt wurde.

Zu dem Selbstmordversuch der Frau Ida Hillé, Waldemarstraße 38, über den wir gestern berichteten, erfahren wir, daß die Ursache der traurigen That nicht in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen ist, sondern in einer Nervenkrankheit, von der die Frau seit einiger Zeit heimgesucht war.

Ein Feuer brach gestern früh um 5 Uhr in der Brauerei Friedrichshain aus. Bei Ankunft der Feuerwehre brannte der zum Transport von Malz dienende Fahrenhül und ein Teil des Gebäudes. Die Feuerwehr konnte die Flammen schnell löschen und das Feuer auf seinen Herd beschränken. Der Schaden ist nicht bedeutend und der Betrieb der Brauerei nicht gestört.

Strafverhörungen. Die Friedrichstraße vom Bahnhof Friedrichstraße bis zur Weidenbammer Brücke wird behufs Umpflasterung in ganzer Dammbreite vom 20. ds. Mts. ab auf etwa fünf Tage für Fußwerke und Reiter gesperrt. — Das Gröben-Ufer vom vorhandenen Pflaster bis zur Rampe der Oberbaumbrücke wird zur Umpflasterung von heute ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. — Die Elbingerstraße von der Cöthenerstraße bis zur Landsberger Allee wird behufs Umpflasterung vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Durch den Neger John Higon wurde gestern Nachmittag das Dienstmädchen Emilie Grabowski, welches sich in selbstmörderischer Absicht in den Kanal am Bahnhof Tiergarten gestürzt hatte, vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet. Das Mädchen war angeblich aus Liebesgram dicht über dem großen Wehr in den Kanal gesprungen; die wenigen Augenzeugen verloren vor Schreck den Kopf und riefen laut um Hilfe. Der in einem Variété-Theater beschäftigte Neger, der zufällig dort entlang ging, sprang ins Wasser und rettete das Mädchen.

Geschwister Fiebig freigegeben. Dem Duffen-Theater ist die Aufführung des Volksstückes „Geschwister Fiebig“ von Oscar Wagner und Hugo Habler, welches bisher vom Polizei-Präsidium verboten war, nach Abänderung einiger Dialogstellen, aber unter Befreiung des ganzen übrigen Szenariums, gestattet worden. Das Stück geht am Mittwoch, den 1. September ex. zum ersten Male in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nizdorf. Im Hause Wismanstr. 29 wurde der 13-jährige Schulanke P. aus Berlin, Drantenstr. 2, bei einem Einbruchversuch erwischt und der Polizei übergeben. Der Junge war schon seit 14 Tagen seinen Eltern entlaufen und trieb sich seitdem bettelnd herum. — Durch Sturz von einem Wagen verunglückte am Mittwoch Morgen in der Hasenhaide ein Bierbrauer. Derselbe erlitt so erhebliche Verletzungen, daß er nach Anlegung eines Rothverbandes nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Tempelhof soll jetzt auch Kanalisation erhalten. Die Gemeindevorstellung hat in ihrer letzten Sitzung dem von der „Allgemeinen Bauvereinskommission für Wasserversorgung und Kanalisation in Berlin“ aufgestellten Projekt beigestimmt und beschlossen, die Kanalisation des Ortes auf Grund dieses Projekts vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörden ausführen zu lassen. Gleichzeitig gab die Versammlung ihre Zustimmung zu einer durch die neuen Kasernenbauten auf der Ostseite des Tempelhofer Feldes notwendig gewordenen Veränderung der Reichsgränze Berlin-Tempelhof. Hinsichtlich der Festsetzung der Baufluchtlinie wurden weitere Beschlüsse vorbehalten.

43 namenlose Straßen und Plätze giebt es jetzt in Charlottenburg. Zur Bezeichnung jeder derselben sind nicht weniger als drei Zahlen erforderlich, z. B.: „Straße 26a—V—8“. Begreiflicherweise kann nur ein gebierter Gedächtnisfänger 43 solcher Zahlenzusammenstellungen im Kopfe behalten. Man hofft auf baldige Abhilfe.

Eine wunderliche Vorstellung vom Ausgleich der gesellschaftlichen Klassenunterschiede giebt sich in einer Eingegnung der Gemeindevorstellungskommission zu Schöneberg kund. Das Konfessionsamt der Provinz Brandenburg hatte eine Verordnung getroffen, welche die gemeinsame Beteiligung der Konfirmanden an Konfirmationsunterricht gefährdete. Hiergegen wendete sich die Schulkonmission mit folgender Begründung: Die Trennung der Schüler der höheren Lehranstalten und der Volksschulen auch im Konfirmationsunterricht, welchem sie bei Abhaltung des letzteren am Nachmittag stets gemeinsam betheiligen, könne aus sozialen Gründen nicht gutgeheißen werden, weil gerade der gemeinschaftliche Konfirmationsunterricht vorzüglich geeignet sei, bei den Kindern die gesellschaftlichen Klassenunterschiede auszugleichen. — Ja, wenn das Ausgleich der Klassenunterschiede so einfach wäre!

Die Troschlenkischer von Potsdam wollen sehr energisch gegen die überhand nehmende Konkurrenz der sogen. militärischen Krümpferwerke vorgehen. Wie ein Berichterstatter von dort meldet, sollen neuerdings die Fußwerke einzelner Schwadronen einen empfindlichen Wettbewerb herausbilden und sich in direkten Widerspruch setzen mit der vor einiger Zeit allen Krümpferwerken zur dienlichen Nachachtung zugegangenen Demontierungsordnung, nach welcher das Vermischen von Krümpferwerkzeugen an Privatpersonen unzulässig ist. Trotzdem sollen in Potsdam von jenen Fußwerkern unausgesehrt alle möglichen Fußwerke taxismäßig übernommen werden, wobei der kontrollierende Soldat Quittung S. B. l. o. d. s. mit Zahlbons, die fortlaufende Nummern tragen, bei sich führt, und die Bons als Quittung verwendet. Das 2. S. B. N. soll sich sogar zwei riesige alte Omnibusse angeeignet haben, die täglich und fast stündlich zwischen der Kaiserin Adeligherstraße und dem Rauenner Thor, auch zu den letzten Bahnhöfen am Mittelweg, verkehren. — Beschwerde soll höheren Orts eingelegt werden.

Soziale Rechtspflege.

Die Anmeldung eines Unfalls durch den Arbeitgeber bei der Krankenkasse erhebt die vorgeschriebene Anmeldung des Unfalls bei der Berufsgenossenschaft nicht — so entschied in einer Unfallsache das Reichs-Versicherungsamt. Ein Arbeiter einer größeren Fabrik bei Saarbrücken hatte im Jahre 1888 einen Unfall erlitten, der von dem Werkführer sofort dem Krankenkassenrechner zur Weitermeldung an die Berufsgenossenschaft mitgeteilt worden ist. Auf wiederholte Anfrage des Verletzten verweigerte der Werkführer, die Anmeldung sei in Ordnung. Wiewohl im Laufe der Jahre wiederholt Erkrankungen infolge des Unfalls vorkamen, erhob der Verletzte Rentenansprüche nicht, da er wieder ganz gesund zu werden hoffte. Diese Hoffnung erwies sich indes als eine trügerische; im Jahre 1898 stellte sich zur Evidenz heraus, daß seine Erwerbsfähigkeit infolge des erlittenen Unfalls in erheblichem Maße beschränkt worden war. Sein Anspruch auf Gewährung von Rente wurde von der Berufsgenossenschaft wegen Verjährung zurückgewiesen, doch verurteilte das Schiedsgericht auf die eingelegte Berufung die Besagte zur Gewährung der gesetzlichen Rente, indem es annahm, daß die rechtzeitige Geltendmachung des Anspruchs durch außerhals des Willens des Verletzten liegende Umstände verhindert worden sei. Der hiergegen von der Berufsgenossenschaft eingelegte Rekurs hatte Erfolg. Der höchste Gerichtshof für Unfallsachen sprach dem Verletzten aus dem an der Spitze angeführten Grunde wegen eingetretener Verjährung den Rentenanspruch ab.

Ein Unfallverletzter muß sich eine schmerzhaft ärztliche Kur, die zur Besserung oder Heilung führen soll, gefallen lassen.

Dieses Schreiben erge Unbequemlichkeiten, es gelang ihm aber leicht, jeden Verdacht zu zerstreuen. Gleich war der Ansicht, daß nur der Angeklagte der Verfasser des Briefes sein konnte, weil einerseits dessen Handschrift Ähnlichkeit mit derjenigen des anonymen Briefschreibers hatte und andererseits, weil er Gaffer für seinen Feind hielt. Gleich war in seinem Bureau thätig gewesen und in unfriedlicher Weise von ihm geschieden. Vor dem Schöffengericht hatte Gaffer mit aller Entschiedenheit seine Schuld bestritten, er war aber doch verurteilt worden, weil er von den Schöffenverurteilten, Frau Professor Dillo und Sekretär Altmeppen, belastet wurde. Sowohl der Staatsanwalt wie der Verurteilte legten gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis Berufung ein. — Zum gestrigen Termine waren noch weitere Sachverständige in den Personen des Gerichtschreibers Dr. Jeserich und des Graphologen Langenbruch geladen. Dieselben waren mit den früheren Sachverständigen der Ansicht, daß die Angabe an die Polizei mit der linken Hand geschrieben sei und allerdings einige Ähnlichkeiten mit der Handschrift des Angeklagten aufweise. Aber gerade der erstere Umstand bereite dem Handschriftenvergleich viele Schwierigkeiten und sie möchten die Behauptung, daß der Angeklagte der Verfasser des fraglichen Schriftstücks sei, nicht aufstellen. Der Verteidiger, N. A. Bronner, plaidierte mit Energie für die Freisprechung des Angeklagten und wies aus tatsächlichen und psychologischen Gründen nach, daß der Angeklagte unmöglich der Thäter sein könne. Staatsanwalt Völger erklärte, daß nach seiner persönlichen Ueberzeugung der Angeklagte nicht der Thäter sei, wäre der Gerichtshof aber anderer Ansicht, so halte er die Handlung für einen Ausfluß so niedriger Gemüthsart, daß sie nur mit einer Freiheitsstrafe zu ahnden sei. Der Gerichtshof hob das erste Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung.

Geriichts-Beitrag.

Ein höchst gemeingefährlicher Kinderkreuz ist der Maler-Gehilfe Franz Herrmann, der gestern wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit vor der II. Strafkammer des Landgerichts II zur Verurteilung gezeugen wurde. Der Angeklagte, welcher bereits vielfach auch mit Zuchthaus und Entfernung aus dem Soldatenstande vorbestraft ist, ward beschuldigt, zu Spandau Anfang d. J. in wiederholten Fällen mit Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Die Beweisaufnahme, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ergab, daß F. mit vier Mädchen im Alter von 18 bis herab zu 8 Jahren wiederholt und in einem Falle sogar täglich unzüchtlichen Verkehr unterhalten hatte. — Der Gerichtshof erkannte auf 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Eine sonderbare Geschichte erzählt die unerschrockene Anna Behrendt dem Gerichtshof der zweiten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I, als sie sich wegen Kindesaussetzung zu verantworten hatte. Am Abend des 12. April d. J. gegen 8 Uhr wurde auf dem Flur des Hauses Weststraße 12 ein etwa acht Tage altes Kind weiblichen Geschlechts gefunden. Es war mit einem Stück Leinwand umwickelt, welches den Stempel der Universitäts-Frauenklinik trug. Die Nachfrage ergab, daß am Nachmittage dieses Tages die Angeklagte aus der Klinik, wo sie am 2. April einem Mädchen das Leben gegeben hatte, entlassen worden war. Sie wurde bei ihrer früheren Herrschaft, den Kaufmann Oberländer'schen Eheleuten in der Straßburgerstraße gefunden, wo sie am Abend des 12. April gegen 9 Uhr wieder eingetreten war. Trotz der erdrückenden Belastungsmomente bestritt die Angeklagte ihre Schuld. Als sie entbunden worden war, habe sie ihren in Köpenick wohnenden Bruder schriftlich gebeten, das Kind an sich zu nehmen und eine zusage Antwort erhalten. Der Bruder habe nicht Wort gehalten und da sei es ihr gelegen gekommen, daß eine Frau die Frage an sie gerichtet habe, ob sie ihr Kind in Pflege geben wolle, als sie mit demselben auf dem Arme rathlos auf der Straße stand. Die Frau habe sich als eine Wittwe Fröhlich ausgegeben, die Markgrafenstraße 14 wohne. Die Angeklagte habe der Frau das Kind gegeben und sei dann nach der weit entfernten Straßburgerstraße gegangen. Am folgenden Tage sei die Fröhlich bei ihr erschienen, um etwas Kinderwäsche und 18 M. den Monatsbetrag des Pflegegeldes, in Empfang zu nehmen. Nach einiger Zeit habe sie nach ihrem Kinde sehen wollen, eine Frau Fröhlich in dem Hause aber nicht finden können. Sie befürchte, daß die Frau eine sogenannte „Engelmacherin“ sei, welche sich der Kinder entledige, nachdem sie das Pflegegeld für dieselben erhalten. Das in der Weststraße gefundene Kind erkenne sie nicht als das ihrige an. — Es war ein großer Zeugenapparat aufgerufen worden, um Klarheit in der Sache zu schaffen. Der Angeklagten wurden mancherlei Widersprüche und direkte Unwahrheiten nachgewiesen, es schien zweifellos, daß die Angeklagte sich nach dem Verlassen der Klinik erst nach der Weststraße begeben, dort in dem erwähnten Hause ihr Kind niedergelegt hatte und dann nach dem entgegengesetzten Ende Berlins, der Straßburgerstraße, gefahren war. Der Staatsanwalt hatte keinen Zweifel an der Schuld der Angeklagten, er beantragte gegen dieselbe ein Jahr Gefängnis. Während der Verathung kam die Angeklagte zur besseren Einsicht, sie ließ dem Gerichtshof durch den Gerichtsdiener sagen, daß sie ein offenes Gehändnis ablegen wolle. Sie that dies dann und erzielte dadurch, daß sie für ihre in der Noth begangene That mit der immerhin harten Gefängnisstrafe von neun Monaten davonkam.

Die Vorgeschichte eines nicht zu Stande gekommenen Duells beschäftigte gestern die dritte Ferienkammer des Landgerichts I. Der Dr. Alexander Steinhof war wegen Herausforderung zum Zweikampfe mit tödlichen Waffen, der Redakteur der „Madenischen Wälder“ Karl Schlich wegen Kartelltrügerei auf der Anklagebank. Am 23. April d. J. hatte Dr. Steinhof Termin in einer Zivilklage, welche sein Hauswirth gegen ihn angestrengt hatte. Es handelte sich um eine Prinzipienfrage. Dem Dr. Steinhof wurde der Eid zugesprochen. Er erklärte, ihn leisten zu wollen. Hierauf habe, wie Dr. Steinhof behauptet, der Vertreter seines Gegners, der Rechtsanwalt Kronsohn, ihn von oben bis unten angesehen und ihn höhnlich gefragt: „Und den Eid wollen Sie leisten?“ Dr. Steinhof habe mit einem einfachen „Ja wohl“ geantwortet, der Termin sei aber vertagt worden, bevor er zur Eidesleistung kam. Nach dem Termine habe der Angeklagte Dr. Steinhof an N. A. Bronner geschrieben und ihn um Klärung in betreff der erwähnten beleidigenden Aeußerung gebeten. Als der Brief ohne Antwort geblieben, habe er den N. A. Bronner fordern lassen, aber nicht durch den Mittagskellner, sondern dieser habe den Ausruf von dem Beauftragten des Dr. Steinhof übernommen. Der Angeklagte Schlich behauptete, das sei zur Ueberbringung einer Forderung garnicht gekommen sei. Er habe den Rechtsanwalt Kronsohn gefragt, wie derselbe sich zu der vom Dr. Steinhof in dem Briefe verlangten Klärung stelle und die Antwort erhalten, daß er keine Veranlassung habe, sich darauf zu äußern. Dann habe der Angeklagte den Rechtsanwalt gefragt, ob derselbe eventuell mit den Waffen in der Hand Genußnahme geben würde und ebenfalls eine verneinende Antwort erhalten. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Henke, führte aus, daß in dem festgestellten Sachverhalt weder eine Herausforderung noch eine Kartelltrügerei zu finden sei, es sei der Rechtsanwalt Kronsohn nur durch den Angeklagten Schlich sonderbar worden und dies sei nicht strafbar. Der Gerichtshof konnte sich nicht entschließen, ein freisprechendes Urtheil zu fällen, sondern beschloß zu einem neuen Termin den Rechtsanwalt Kronsohn zu laden.

Der Verkleidungs-Direktor Otto Gaffer war vom Schöffengericht wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 500 M. verurtheilt worden. Es war folgender Sachverhalt als erwiesen angenommen worden. Am 22. Oktober v. J. wenige Tage nach der Ermordung des Justizraths Devy, lief beim Polizeipräsidium ein anonymes Schreiben ein. Es wurde darin auf den Bureaubeamten Adolf Gleich aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß es wohl werth sei zu erfahren, wo derselbe sich in der Nacht vor dem Verbrechen aufgehalten habe. Gleich sei ein arbeitsloses Individuum und verlehre in Kaffeeklappen. Dem Verdächtigten erwachsen durch

dieses Schreiben erge Unbequemlichkeiten, es gelang ihm aber leicht, jeden Verdacht zu zerstreuen. Gleich war der Ansicht, daß nur der Angeklagte der Verfasser des Briefes sein konnte, weil einerseits dessen Handschrift Ähnlichkeit mit derjenigen des anonymen Briefschreibers hatte und andererseits, weil er Gaffer für seinen Feind hielt. Gleich war in seinem Bureau thätig gewesen und in unfriedlicher Weise von ihm geschieden. Vor dem Schöffengericht hatte Gaffer mit aller Entschiedenheit seine Schuld bestritten, er war aber doch verurteilt worden, weil er von den Schöffenverurteilten, Frau Professor Dillo und Sekretär Altmeppen, belastet wurde. Sowohl der Staatsanwalt wie der Verurteilte legten gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis Berufung ein. — Zum gestrigen Termine waren noch weitere Sachverständige in den Personen des Gerichtschreibers Dr. Jeserich und des Graphologen Langenbruch geladen. Dieselben waren mit den früheren Sachverständigen der Ansicht, daß die Angabe an die Polizei mit der linken Hand geschrieben sei und allerdings einige Ähnlichkeiten mit der Handschrift des Angeklagten aufweise. Aber gerade der erstere Umstand bereite dem Handschriftenvergleich viele Schwierigkeiten und sie möchten die Behauptung, daß der Angeklagte der Verfasser des fraglichen Schriftstücks sei, nicht aufstellen. Der Verteidiger, N. A. Bronner, plaidierte mit Energie für die Freisprechung des Angeklagten und wies aus tatsächlichen und psychologischen Gründen nach, daß der Angeklagte unmöglich der Thäter sein könne. Staatsanwalt Völger erklärte, daß nach seiner persönlichen Ueberzeugung der Angeklagte nicht der Thäter sei, wäre der Gerichtshof aber anderer Ansicht, so halte er die Handlung für einen Ausfluß so niedriger Gemüthsart, daß sie nur mit einer Freiheitsstrafe zu ahnden sei. Der Gerichtshof hob das erste Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung.

Einen erfolglosen Kampf um den serbischen Professortitel führt der Herr Dr. Wilhelm Herrmann aus Steglitz, S., welcher jetzt als Privatmann sich der Erziehung seiner Kinder widmet, war früher Lehrer, holte sich aus Amerika den Dokortitel und war schließlich Professor an einer Handelsschule in Serbien. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland unterschrieb er fortgesetzt seine Eingaben an verschiedene Behörden als „Dr. Herrmann, in Serbien Professor a. D.“. Die Polizeibehörde ging daraufhin gegen ihn wegen unbefugter Annahme von Titeln und Würden (§ 380, 8 des C. C. B. O.) mit Strafverfügungen vor, die S. auch bezahlte. In einem Falle jedoch erhob er des Prinzips wegen Widerspruch. Das Schöffengericht sprach ihn frei, worauf die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte, infolge deren gestern Termin vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Staatsanwalt beantragte 50 Mark Geldstrafe, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Marwitz aus subjektiven und objektiven Gründen für Freisprechung plaidierte. Der Gerichtshof erachtete, wie der Vorhänge anführte, in dem konstanten Dinzufügen des betreffenden Zusatzes zu dem Namen des Angeklagten nichts weiter als die Führung des serbischen Professortitels. Es liege kein Grund vor, die Angaben des Angeklagten, daß er serbischer Professor gewesen war, anzuzweifeln. In Deutschland sei er jedoch zur Führung des Titels nur mit behördlicher Erlaubnis berechtigt gewesen. Das wisse er aus den wiederholten Strafbesehlen, so daß von einem straflosen Rechtsirrtum seinerseits nicht die Rede sein könne. Das Urtheil lautete auf 20 M. Geldstrafe.

Die preussische Gerechtigkeit gegen die Arbeiter-Gesangsvereine. Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes hatte das Schöffengericht zu Eberswalde den Arbeiter N. in A. unter der Feststellung verurtheilt, daß in der von ihm am 27. August 1896 einberufenen Versammlung des Vereins „Freie Sänger“ zu P e e g e r m ü h l e öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, gleichwohl die Anmeldung derselben bei der Ortspolizeibehörde nicht bewirkt worden sei. Das Schöffengericht wies dem Einwande, daß sich der Verein nach seinem Statut überhaupt nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, eine Bedeutung nicht bei. Es sprach aus, daß in erster Linie das thatsächliche Verhalten des Vereins entscheidend sei. Hiernach habe aber das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Verein Politik treibe und zwar im Sinne und zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei. In den Versammlungen des Vereins, der 1893 bei Gelegenheit der Reichstagswahl auf Veranlassung des damaligen Reichstags-Kandidaten Bruns zum Zwecke der Ausbreitung der sozialdemokratischen Partei und der Agitation für diese gebildet worden sei, fanden auch nach den Versammlungen die Besprechungen über Angelegenheiten dieser Partei statt. In deren Interesse habe der Verein Agitationsreisen auf das platte Land unternommen. Nach einer Auskunft des Berliner Polizeipräsidiums bezwecke auch der aus 229 Vereinen mit 6050 Mitgliedern bestehende „Arbeiter-Sängerbund für Berlin und Umgegend“, dem sich der hier fragliche Verein angeschlossen, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Auf die Berufung des Angeklagten erkannte die Strafkammer auf Einstellung des Verfahrens, weil die Strafverfolgung verjährt sei. Das Kammergericht hob jedoch gestern in der Revisionsinstanz dieses Urtheil auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch im Krieger's Saal, Wasserthorstraße, eine gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Dr. Puz einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Technik und soziales Leben“ hielt. Es sei fraglich, begann der Redner, ob durch die zahllosen Erfindungen der Neuzeit die Lageverhältnisse des einzelnen verbündet wurden, ob die umfangreichen Fortschritte auf dem Gebiete der Technik auf das soziale Leben begünstigend gewirkt haben. Um dies zu ergründen, greift er zurück bis zum Mittelalter; er beleuchtet die Arbeitsverhältnisse und Lebenshaltung des Volkes dieser Periode. Alsdann verfolgt Referent die sukzessive Entwicklung von der mittelalterlichen bis heutigen modernen kapitalistischen Produktionsweise auf den verschiedenartigen Gebieten der Industrie. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß die fortschreitende Technik im wesentlichen zur Degenerierung des Volkes beitrage und so die Klassen-gegenstände zwischen Besitzenden und Besitzlosen verschärfe. Erst dann, wenn die Sozialdemokratie das Erbe der kapitalistischen Gesellschaft angetreten, wird sich die Technik und mit ihr die Maschine als eine Wohlthat der Menschheit erweisen, bis dahin aber heiße es: Einer für Alle, Alle für Einen! Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Unter „Vereinsangelegenheiten“ regt Genosse W o d e an, seitens des Wahlvereins allgemeine Urnabstufung zu unternehmen. Nach kurzer Debatte wird die Angelegenheit dem Vorstand zu weiterer Erwägung überwiesen, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Graveure, Eisenreze, tagte am Dienstag, den 17. August, in den „Oranienhallen“, Oranienstr. 51, und nahm ein Referat über die Agitationstour durch Deutschland entgegen. Die Erfolge dieser ersten größeren Agitation, die der Verband unternommen, müssen als zufriedenstellend bezeichnet werden. In Magdeburg, wo die Kollegen unter dem Banne der Prinzipale dem Hirsch-Dandor'schen Gewerksverein angehören, konnte eine Versammlung nicht stattfinden. In Hannover und Offen sind Zahlstellen errichtet worden. In letzter Stadt hat auch die Betriebsleitung der Firma K r u p p infolge des Zusammenhals der Kollegen die angeklagte Lohnreduzierung wieder zurückgenommen. In Erfeld hätte das Resultat verhältnismäßig besser sein können. Durch die geringe Zahl der in Düsseldorf beschäftigten Kollegen nahm man von einer Versammlung Abstand und sand nur eine interne Besprechung statt. Die Kollegen sind dem Verbande nicht abhold, stehen jedoch noch unter ultramontanen Einflüssen. Die Gründung einer Zahlstelle dürfte doch auch hier für die Zukunft nicht ausgeschlossen sein. Anders jedoch liegen die Verhältnisse in Solingen. Ein Lohn von 24 M. wird dort schon als hoher bezeichnet. Während die in der Stahlwaarenfabrikation beschäftigten Schleifer und andere Arbeiter bis über 50 pCt. höhere Löhne erreichen, waren die Kollegen dort mit den bestehenden Verhältnissen zu

Zur den Inhalt der Interieur-
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 20. August:
Neues ital. Operntheater (Kraus),
La Traviata (Violotta). —
Phantasten im Bremer Rath-
haus. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Faust. Anfang
7 Uhr.
Deutsches. Die verurteilte Witwe.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Zwei Kappen.
Kessing. Die Waise.
Westen. A Basso Porto (Am
unteren Hafen).
Neues. Der Stellvertreter. Anfang
7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Gasparone.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Zieler. Weh' dem, der lügt. An-
fang 8 Uhr.
Zentral. Ein fideles Abend. Anfang
7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Ein toller Einfall.
Ostend. Unsere Reichspost. Anfang
8 Uhr.
Alexanderplatz. Verbotene Früchte,
Welle-Alliance. Spezialitäten. 6 Uhr.
Spolko. Venus auf Erden. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. 30 Kinder
der Wüste.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Weh' dem
der lügt.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Weh'
dem der lügt.
Sonntag, abends 8 Uhr: Weh' dem
der lügt.
Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Anfang 5 1/2 Uhr.
Kaffeehaus für den Spezialetisten.
Hugo Schulz.
**Paula Grigatti, Henriette
Ferry, Harry Marly.**
Lebende Photographien.
Montag, den 23. August: Benefiz
für Hugo Schulz.

Central-Theater
Alle Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Dienstag, den 17. August 1897:
Juni 90. Male:

Ein fideles Abend.
Barocke dramatische Revue
in einem Prolog und 3 Bildern von
Julius Freund und Wilhelm
Kraus. Musik von ver-
schiedenen Meistern, arrangiert vom
Kapellmeister Julius Grubbshofer.
Anfang 8 Uhr.
Montag und die folgenden Tage:
Ein fideles Abend.

**Apollo-Theater
und Konzert-Garten.**
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Täglich um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Otto Reutter, Mr. Rudinoff,
Else Arevalo etc. etc.
Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr.
Konzert 7 Uhr. Anf. d. Vorh. 8 Uhr.
Mittwoch, den 1. September er.:
Eröffnung
der
Winter-Saison.
Vollständig neues Programm.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal):
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro,
Britton, Steidl,
Krone, Mühl,
Schneider
und Schrader.)

Neues Programm!
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets à 40 Pf. und Familien-
Billets à 1 M. nur im Vorverkauf.
(Siehe Plakate)
Heute nach der Solree:
Tanz-Kränzchen.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 1a, Joh. G. Pierry.
Heute, Freitag:
Die Ballhaus-Anna.
Neue Nummern der Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passo-partouts gelten.
Avis! Sonnabend, den 28. August:
Großes Sommerfest.

Urania
Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung tägl.
geöffnet von 10 Uhr vormittags
ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl.
Theater abends 8 Uhr.

**Passage-
Panopticum.**
Legte Woche!
30
**Kinder
der
Wüste.**
Vorstellung
12, 5, 7, 9 Uhr.

**Castan's
Panopticum.**
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Schönschönheit
des ablaufenden Jahr-
hunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle
des Maestro Liberti,
5 Herren, 2 Damen.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstrasse 34.
Eröffnungs-Vorstellung
Mittwoch, den 1. September.
Zum 1. Male:
Geschwister Fiebig.
Modernes Volkstheater in 3 Akten
von Oscar Wagner und Hugo
Gahlerl.
Musik von Fritz Krause.
Billetverkauf im Invalidenamt,
Unter den Linden 24 und im Theater-
bureau.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: **Konzert.**
Theatervorstellung.
Auftritte
Spezialitätenkünstl. I. Ranges
Neu! Neu!
Kosen aus dem Süden.
Original-Operette mit Gesang von
W. Noack.
Jeden Sonntag, Montag,
Dienstag und Donnerstag:
im Saal: **Grosser Ball.**

**Puhlmann's
Vaudeville-Theater**
Schönhauser Allee 148.
Kasanien-Allee 97-99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Ausstattungsbüchse
mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Ludwig Glaser, Humorist, Robert
Dill, Operett-Sänger, Vitzke Rannow,
Miniat.-Soub. Geschwister Grunow,
bopp. Sell, Barbarina's Ballet.
Kos. Trudy, Luftmotourri.
Kinematograph! (lebende Photogr.)
neue Serien. Großer Saal.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Reserv. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree: Saal und II. Rang 30 Pf.
Spezial 50 Pf., Vogen u. I. Rang 1 M.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. (Haltestelle der
Pferdebahn.) Am Friedrichshain.
Neues Riesen-Programm!
Ein Sport-Fest
in Wusterhausen.
Gr. Ausstattungsbüchse-Operette-Barocke.
Zarranant's urkomisch dreifache
Edler-Familie.
Im Saal: **Grosser Ball.**
Vollausstattungen aller Art.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Jeden Sonntag im Garten:
ein Sonnabend zu vergeben.

Rixdorf. Ed. Wiersing's
Restaurant, Garten
und Ball-Saal.
Kneisebeckstr. 77, Hermannstr. 87.
Jeden Sonntag im Garten:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
bei freiem Entree. 10122°
Im Saal: **Gr. Ball.** 2 Regelmäßig.
v. 4 Uhr ab: **Gr. Ball.** 2 Regelmäßig.
Weine Spezialitäten werden zu Personum-
langen, Hochzeiten und bei Veranlassungen
zur Verfügung. Für gute Speisen
und Getränke in bester Gattung.

Bahn-Atelier.
Kunstl. Ahne in tabelloser Aus-
führung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Schmerzlos. Zahnziehen mit. Cocain,
Chloroform, Chloroform und Nachgas
unter Leitung eines vork. Arztes. Bei
Beschaffung v. künstl. Zähnen Zahn-
ziehen, Zahnreinigung, unvollst. Zahn-
zahlung gefahrt, Woche 1 M.
Guckel, Kaufinger Platz 2,
Gieselerstr. 12, Etzingerstr. 71.

Große öffentliche Versammlung
der
Former u. Berufsgen. Berlins
am Sonntag, den 22. August 1897, mittags 1 Uhr.
im **Luisenstädtischen Konzerthaus, Alle Jakobstr. 37.**
Tages-Ordnung:
1. Der Stand des Streiks bei Köffemann u. Kühnemann.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 108/2
Der wichtigen Sache wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu er-
scheinen.
Der Einberufer: **V. Müller, Gieselerstr. 31.**

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter
(Zahlstelle Schöneberg).
Sonntag, 22. August, nachm. 1 1/2 Uhr, bei Obst, Grunewaldstr. 110:
Mitglieder-Versammlung.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
29/11 **Der Vorstand.**

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Den Mitgliedern des Vereins der Zimmerer Berlins und
Umgebung zur Nachricht, daß laut Vorstandsbeschluß die Mit-
glieder-Versammlung im Monat August ausfällt.
258/5 **Der Vorstand. F. A. E. O. B.**

Wichtig für Arbeiter!
Soeben erschien im Verlage der
Buchhandlung Vorwärts Berlin
Arbeiter-Notizkalender
1898.
17 Hogen kl. 8°. In Calico ge-
bunden 60 Pfg., Porio 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis:
Kalendarium und Geschichtskalender.
— Reichstagswahlgesetz und Regle-
ment. — Praktische Winke zur Wahl-
rechtsausübung. — Ergebnis der letzten
Reichstagswahlen (fortgesetzt bis zu
den letzten Nachwahlen mit Angabe der
gewählten Abgeordneten und der in
jedem Wahlkreis auf jede einzelne Par-
tei abgegebenen Stimmenzahl, sowie des
Prozentsatzes der sozialdemokratischen
Stimmenzahl für jeden Wahlkreis). —
Wachstum der Sozialdemokratie seit
1871. — Zusammenlegung und Ver-
fassung des Reichstags. — Adressen
sämtlicher deutscher Gewerkschafts-
organisationen und sämtlicher Fabrik-
inspektoren unter genauer Angabe des
Inspektionsbezirks. — Rechte und
Pflichten der gewerblichen Arbeiter;
Schutzbestimmungen für Kinder, Frauen
und Arbeiterinnen. — Was ist beim Ar-
beiter unzulässig? — Unterstützung der
Familienangehörigen der zu Lebzeiten
Einberufenen. — Post-, Telegramm- und
Votestaxi für In- und Ausland. —
Wittensausgaben seit 1873, Wachstum
der Reichsschulden seit 1870; wieviel
Zinsen wir für Reichsschulden seit 1874
zahlen. — Erste Hilfe bei Unfällen.
— Wissenswerte Kleinigkeiten. —
Wochen-Einnahme- u. Ausgabe-Tabellen.
— Notiz-Kalendarium für jeden Tag.

Wir können den überaus reich-
haltigen Kalender, der gerade für die
nächsthändigen Wahlen ein unent-
behrliches Nachschlagewerk ist und
durch die Adressenangaben sämt-
licher Fabrikinspektoren, Gewerks-
chaftsorganisationen und die populäre
Darlegung Stadthagens über
Rechte und Pflichten der Arbeiter
für alle Arbeiterkreise ein praktisches
Werk gewonnen hat, allen Arbeitern
besonders empfehlen.

Achtung! Achtung!
Wilmersdorf und Schöneberg.
Zum besten des nächsthjährigen Wahlfonds.
Sonntag, den 22. August, nachmittags 2 Uhr,
in Klugegärten's Volksgarten, Wilmersdorf, Verlängerstr. 40:
Grosses Sommer-Fest
der sozialdemokratischen Partei.
Großes Garten-Konzert
ausgeführt vom Musikverein „Echo“. — Gesangs-Auführungen.
Im Saal: **BALL.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. — Entree 25 Pf.
Der Vertrauensmann.

Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeehaus. Volksbelustigungen.
Mittwoch: **Kinder-Fest.**
Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomia: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saal: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Guto Biere, aus-
gezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 22. August 1897, vormittags 10 1/2 Uhr:
Ausserordentliche Mitgliederversammlung
der Filiale II Berlin d. Zentral-Verbandes deutscher Maurer
in der Berliner Brauerei, Am Tempelhofer Berg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **J. Auer.** 2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches. 137/11
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gasse haben Zutritt.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Verbandsmitglieder sind ver-
pflichtet, vollständig zu erscheinen und gleichzeitig für guten Besuch dieser Ver-
sammlung zu wirken. Mit folgelegendem Gruß: **Die Zentralverwaltung.**

Freie Vereinigung der Bauanschläger
Berlins und Umgegend. 34/3
Außerordentliche General-Versammlung
am Sonntag, den 22. August 1897, bei Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines ersten und zweiten
Kassiers. 3. Antrag des Kollegen B. H. m. 4. Bericht der Kommission zur
Regelung des Arbeitsnachweises. 5. Verschiedenes und Fragebogen.
Die Mitglieder werden auf § 9 des Statuts aufmerksam gemacht.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
der
Bauanschläger Berlins und Umgegend
am Sonntag, 22. August, 12 1/2 Uhr, bei R. Buske,
Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 2. Wahl eines Delegierten und
Stellvertreters zur Gewerkschaftskommission. 3. Diskussion.
34/4 **Der Einberufer.**

Achtung! Achtung!
Kauarbeiter Berlin II.
Sonntag, den 22. d. M., findet die
ordentliche Mitgliederversammlung
im Saal des Herrn Fischer,
Bauerstr. 9, statt. Anfang 1/2, 10 Uhr.
Tages-Ordnung: Verbandsangelegen-
heiten. Verschiedenes. 925
Der Bevollmächtigte.

Lackirer, Filiale IV.
Sonntag, den 22. d. M.:
Herrenpartie.
Treffpunkt 7 Uhr früh bei **Schöning,**
Königsplatz 68. Nachzügler werden
bis 2 Uhr in der Allen Fischerhütte,
Schlachtenhof, erwartet.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
125/10 **Der Vorstand.**

Darlehen o. Bürgsch. gewährt d.
„Sparkasse“ d. Saale.
Credit u. Hyp. Bankgesch. **Kor-**
rallus, Breslau. Statut geg. 40 Pf.
Für Schornsteinfeger, Schlichte,
Schloßer, Häfner, Bergarbeiter
und so weiter empfehle ich indigo
durchgefärbt, schwarz und blau
Sommerlich sog. Koerliner Leder,
unabhängig an Haltbarkeit, zu Holen
und Anzeigen billiger per Lit. 1,25 M.
Dr. W. 1,45 M. Koffer franko zu
Diensten. 332/5
J. Lichtstein, Kolberg i. Pom.
Meyer's Verlon oder **Brandhaus**
neuest. Ausf. hief. vollst. unter den
lokalen. Teilzahl. **A. Steiner,**
Charlottenburg, Vestalozstr. 106 D.

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelerei.
Damit ein geehrtes Publikum
sich von der Güte und Vorzüg-
lichkeit unserer Fruchtweine
überzeugen kann, haben wir einen
Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Niemand sollte
verjähren
bei Bedarf **Brunnenstr. 110**
(neben dem Pferdebahn-Depot)
von **Jgnatz Sello** zu beziehen:
Alten Nothhäuser Liter 50 Pf.,
hochfeines **Stonsdorfer** inf.
Original-Bt. (7/8 Liter) à 80 Pf.,
Halb und Halb, feinste Bitter-
mischung, per 1/2 Schaupagner-Flöte
inf. 90 Pf., **Ingwer-, Pfeffer-**
münz- u. **h. Liköre** 1/2 Liter,
inf. 1.10 M., 1/2 Liter, inf. 55 Pf.,
Himbeer- und Kirschsaff,
rein und dia eingelocht, per Liter
1.10 M., **süßen Ungarwein,**
Orig.-Bt. (7/8 Liter) von 90 Pf. an,
sowie **Ämlic. Weine, Cognac,**
Rum etc. Spirituosen im Einzel-
verkauf, auch eingeweihten nur zu
Engrospreisen. Billigste Be-
zugsquelle. Bitte genau auf
No. 110, Brunnenstr. zu achten.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Rips, Damask, Crêpe,
Phantasie, Gobelin und
Blauß (Spezialität) 1835/5
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikspreisen.
Verlin S.,
Emil Lefèvre, Cranicstr.
Nr. 158.

Todes-Anzeige. 916
Freunden und Bekannten die traurige
Nachricht, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater, Sohn und Bruder,
der **Tischler Adolf Tesmer** plötz-
lich verstorben ist. Die Beerdigung
findet heute, Freitag, den 20. August,
nachmittags 5 Uhr, von der Halle des
Himmelfahrt-Kirchhofes, Brinzen-Allee,
aus statt. Um dieses Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes **Wilhelm**
Klose sage ich hiermit allen Freun-
den und Bekannten meinen herzlichsten
Dank. **Amalie Klose** nebst Kindern.

Große zurückgekehrte
Teppiche!!
Vorhänge!!
Gardinen!!
Stoppdecken!!
erstaunlich billig.
Teppich-Haus
Emil Lefèvre, Berlin S
Oranienstr. 158.
Prachtkatalog
mit bunten Teppich-
Illustrationen, sowie circa 200
Gardinen- und Vorhängen-Abbil-
dungen in künstlerischer Aus-
führung auf Wunsch gratis und
franko! 1634/2
Größtes Teppichhaus
Berlins.

Arbeitsmarkt.
Zuzug von Formern, Fern-
machern u. Maschinenformern
nach der Firma **Rössemann &**
Kühnemann ist streng fernzu-
halten.
Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug fernhalten von Drechslerm
und Tischlern von
Engel, Demminerstr. 5,
Voigt & Faulmann, Alt
Moabit. 292/7
Die Direktverwaltung.
Kartons-Arbeiterinnen, geküßt, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.

Tüchtige Stranznäherinnen
finden dauernde Stellung bei hohem
Gehalt.
Auerbach's Nähmaschinenfabrik,
Taubenstr. 32.

Tischler-Werkführer.
Für unsere neu erbaute Möbel-
fabrik mit Dampfbetrieb in
Springe suchen wir für die Ab-
teilung „Weiche Rückenmöbel“ einen
mit der Fabrikation und mit Maschinen
durchaus vertrauten energischen Werk-
führer.
Banneitz & Co., Stuhlfabrik,
Hannover.
Kartons-Arbeiterinnen 855°
finden dauernde Beschäftigung bei hohen
Löhnen. **Wunderlich, Schillingstr. 14.**
Kartons-Arbeiterin giebt außer d. Hause
87b° **Wunderlich, Schillingstr. 14.**
Tüchtige Glaschleifer
verlangt
Lipok, Kommandantenstr. 36.
Tanz-Maitre verl. Goldbergstr. 22.
Wöbelpolierer!
Wisse sich niemand vertreiben, noch
Lohn zu machen, beschiff freieren
die Kollegen.
148/2°
Der Vorstand des Verbandes,
H. Schulz, Remerstr. 60a.